

Diskurs

Diskussionsforum und Newsletter

Herausgegeben von Ulrike Trebesius und Jörn Kruse

Ausgabe D10	4. August 2021
--------------------	-----------------------

D10-1	Diskurs-Ecke D10 (Die Ära Merkel / Rückkehr aus Afghanistan / Sahra Wagenknecht / Rückkehr in die Schule)	2
D10-2	Das Hochwasser und das politische Nachhaltigkeitsproblem (Jörn Kruse)	5
D10-3	Wissenschaft statt Ideologie - oder woran Deutschland scheitert (Ulrike Trebesius)	9
D10-4	Propaganda (Ulrike Trebesius)	11
D10-5	Baerbock ohne Ende ? (Jörn Kruse)	12
D10-6	Fragen eines lesenden Ökonomen. Replik zu Hans-Olaf Henkel, Bernd Kölmel, Joachim Starbatty und Ulrike Trebesius (Jan Thieme)	14
D10-7	Nie wieder - Erwiderung auf Jan Thieme (Nina Goll)	17
D10-8	Ist die Arbeitslosenversicherung zeitgemäß? Noch ein randständiger Vorschlag (Jan Thieme)	18
D10-9	Einwanderungspolitik ist kein Tabu (Jan Thieme)	21
D10-10	Ramaphosa, Merkel und die parteipolitische Provinz in Deutschland (Jörn Kruse)	24

Jeder kann sich auf den Email-Verteiler für die künftigen Ausgaben setzen lassen:

diskurshamburg@gmail.com .

Natürlich kann man sich jederzeit davon streichen lassen.

Wenn Sie einen Beitrag in DISKURS veröffentlichen möchten, senden sie ihn bitte im Word-Format an die genannte Mail-Adresse.

Die Webseite von DISKURS

<https://diskurs-hamburg.de/>

ist online erreichbar und kann kommentiert werden.

D10-DE

Diskurs-Ecke ¹

Kommentar zu D9-2: Die Ära Merkel – Drei Interpretationen

Dr. Ralph Ehlers, Schopfheim

Dieser Artikel trägt leider überhaupt nichts zu einem auf zukünftiges politisches Handeln ausgerichteten Diskurs bei. Eigentlich ist es bloß ein Merkel-Bashing auf nicht besonders gehobenem Niveau. Zum Hauptvorwurf, dass Merkels Regierungen „Sünden“ wider die soziale Marktwirtschaft begangen hätten, ist zu sagen, dass jede deutsche Regierung nach Ludwig Erhardt solche „Sünden“ begangen hat, unabhängig von ihrer parteipolitischen Couleur. Damit kann man Frau Merkel also nicht speziell attackieren.

Man sollte sich außerdem klarmachen, dass es sich bei den „Sünden“ um Entscheidungen und Aktionen handelt, die zunächst mal nur nach den Auffassungen der lange Zeit gerade bei Volkswirtschaftlern in Deutschland vorherrschenden Denkschulen gegen die reine Lehre verstoßen, also falsch sind. Speziell wird dieser Vorwurf erhoben gegen Merkels Agieren in den finanzpolitischen Krisen von 2008 und ab 2012. Zugegebenermaßen sind dabei ihre „Sünden“ um eine ganze Größenordnung größer als alles, was ihre Vorgängerregierungen zu verantworten haben. Für mich stellt sich das aber so dar: damals haben Merkel und natürlich Dragi und eine ganze Reihe weiterer deutscher und europäischer Politiker das getan, was getan werden musste um ihrem Amtseid gerecht zu werden, nämlich großen Schaden vom deutschen Volk (bzw. von anderen europäischen Völkern) abzuwenden. Die damaligen Entscheidungen als „Sünden“ zu qualifizieren zeigt eigentlich nur, dass die Ansätze und Modelle dieser volkswirtschaftlichen Denkschule zur Beschreibung der Wirklichkeit schlicht nicht ausreichend sind.

Was mir als besonders unangenehm und respektlos vorkommt, ist allerdings der Abschnitt in dem räsoniert wird, warum Frau Merkel denn so gegen die reine Lehre verstoßen hat. Dieses psychologisieren und biographisieren der Handlungen des politischen Gegners dient nur dem Zweck, diesen herabzusetzen, da nicht seine Handlung beurteilt wird, sondern seine Person, nach dem Schema: „sie musste ja so handeln, denn sie ist im Osten aufgewachsen und sozialisiert worden“. Eine rationale, an der Sache orientierte Entscheidungsfähigkeit wird der Beurteilten damit abgesprochen. Ein Diskurs über die Sache ist so gar nicht mehr möglich. Diese Methode könnte ich hier mal umdrehen und etwa dies behaupten: Prof. Vaubel konnte gar nicht anders als so einen Artikel zur Herabsetzung von Frau Merkel schreiben, denn er war ja zeit

¹ Liebe Leserinnen und Leser von Diskurs. Aus Ihrem Kreise ist vorgeschlagen worden, dass die Diskurs-Ausgaben jeweils um eine zusätzliche Rubrik erweitert werden sollten, in der Leser jeweils in wenigen Zeilen ihre Meinung zu einzelnen Artikel von Diskurs oder zu anderen gesellschaftlichen Sachverhalten und Problemen zum Ausdruck bringen können. Wir möchten Sie einladen, sich daran mit Ihren Statements, Leserbriefen, Meinungen und Kommentaren zu beteiligen.

seines Berufslebens in der Blase der deutschen akademischen Marktwirtschaftler gefangen.

Rückkehr aus Afghanistan ohne Kramp-Karrenbauer

Jörn Kruse

Ende Juni kamen die letzten deutschen Soldaten aus Afghanistan zurück. Wurden Sie „mindestens ordentlich“ begrüßt mit ein paar angemessenen Sätzen zur Würdigung ihres Einsatzes für die Bundesregierungen der letzten zwanzig Jahre? Selbst die Bundesministerin der Verteidigung, Annegret Kramp-Karrenbauer, die dieses Amt niemals verdient und wohl auch keinen Tag richtig ausgefüllt hat, fehlte peinlicherweise.

Was für ein jämmerliches Verhalten für die höchste Vorgesetzte von Soldaten, die zwanzig Jahre im Norden Afghanistans für die deutsche Politik den Kopf hingehalten haben. Von ihnen haben 59 Soldaten ihr Leben verloren. Ist AKK extra für diesen Tag nach Washington geflohen, um die Soldaten nicht mit Ihrer Anwesenheit ehren zu müssen? Und was ist mit Kanzlerin Angela Merkel? Warum war sie nicht zugegen? Und Bundespräsident Steinmeier? Ist es da ein Wunder, dass die NATO-Verbündeten die deutschen Verteidigungspolitiker, die außerdem in den letzten Jahren häufig fachlich inkompetent waren, nicht erst nehmen? Zu unzureichender Ausrüstung (wohlgemerkt in einem der reichsten Länder der Welt) kommt noch eine würdelose Behandlung. Peinlicher geht es kaum.

Sahra Wagenknecht: Die Selbstgerechten²

Jörn Kruse

Ein früherer US-Präsident wurde einmal gefragt, warum er nicht Golf spiele. Seine Antwort: Wenn ich schlecht spiele, sagen die Leute (1) „das kann er also auch nicht“. Wenn ich gut spiele, sagen sie (2) „er sollte lieber gut regieren als viele Stunden auf dem Golfplatz zuzubringen“.

Dies kam mir wieder in den Sinn als ich daran dachte, dass gegenwärtig offenbar etliche Politiker glauben, es sei für sie von Vorteil, ein Buch zu schreiben. Wenn ein Politiker ein solches wirklich selbst geschrieben hat, gilt der zweite Präsidentensatz, denn es erfordert viel Zeit, ein gutes Buch zu schreiben. Wenn es überwiegend von einem Ghostwriter geschrieben wurde, ist es ein Betrug am Leser, wenn nur der Politiker als Autor genannt wird. Es wird auch nicht dadurch besser, dass eventuell der Verlag der Initiator (und Ghostwriter-Vermittler) ist, weil er bei einem Promi-Autor hohe Auflagen und Gewinne erwartet.

Der andere Punkt betrifft die Qualität analog zum ersten Präsidentensatz. Die meisten Politikerbücher, die ich gelesen habe, waren eher eine dünne Suppe, die die Zeit für die Lektüre nicht gelohnt haben. Die gleichen wohlklingenden Wertungen, Ankündigungen und Nichtigkeiten, die man schon aus Politikerreden aller Art zur Genüge

² Wagenknecht, Sahra (2021), „Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt“, Campus Verlag, Frankfurt.

kennt, noch einmal in Buchform zu konsumieren, braucht man wirklich nicht. Zum Glück kann man jederzeit weiterblättern und/oder das dürftige Werk zur Seite legen.

Eine erfreuliche Ausnahme macht das Buch von Sahra Wagenknecht „Die Selbstgerechten“, Campus Verlag, Frankfurt 2021. Dieses Buch ist von hoher Intellektualität, analytischer Herausforderung und provozierender Offenheit, die für Politiker ganz untypisch sind. Ist das der Grund, warum einige unbedarfte Linke-Mitglieder ein Parteiausschlussverfahren gegen Sahra Wagenknecht einleiten wollen? Ein Teil der Linken -- von der Autorin auch als „Lifestyle-Linker“ bezeichnet, während sie sich als traditionelle Linke sieht, die auf der Seite der Schwächsten steht -- kann sich von dem Buch in der Tat angesprochen fühlen. Zahlenmäßig weit umfangreicher finden sich die Angesprochenen jedoch bei den moralprotzenden Grünen und bei linken Sozialdemokraten.

Inhaltlich bin ich durchaus nicht mit allem einverstanden, was Sahra Wagenknecht schreibt, voraussetzt oder insinuiert. Das wäre für einen Ökonomen, der sich als Ordoliberaler (und in vielen anderen gesellschaftlichen Feldern als klassischer Liberaler) bezeichnen würde, beim Text einer Linken-Politikerin ja auch überraschend. Aber vielem kann ich direkt zustimmen, z.B. wenn sie über die ernsthafte Bedrohung der Meinungsfreiheit schreibt. Diese entsteht in Deutschland durch eine gesellschaftliche und mediale Verengung des Korridors „akzeptabler Meinungen“ und durch die persönliche Diffamierung von Leuten, deren schriftliche oder mündliche Aussagen nicht dem linksgrünen Mainstream entsprechen.

Für sehr verschiedene Leser ist es ertragreich, Wagenknecht's Argumentationen kritisch zu folgen und sich zu fragen, ob und inwieweit man ihnen zustimmen kann. Das ist der Kern von gesellschaftlichen Diskursen, die für eine Demokratie unabdingbar sind. Die Autorin drückt sich auch nicht um heikle Themen wie Identitätspolitik, Zuwanderung und Nationalstaat herum und argumentiert auf eine Weise, die viele überraschend finden werden. Wagenknecht hat insgesamt eine so analytische Sachkenntnis in vielen Bereichen, wie man sie den Politikern, die laufend in die Mikrofone sprechen, nur wünschen möchte. Wenn viele Bundestagsabgeordnete eine ähnliche intellektuelle Qualität wie Sahra Wagenknecht hätten, müssten wir uns über „die Politik“ in Deutschland weniger Sorgen machen. Aber das ist leider Wunschdenken.

Rückkehr in die Schule

Ulrike Trebesius

Überraschenderweise beginnt nach den Sommerferien die Schule wieder und wir stellen fest, dass die Politik ebenso wie das Kultusministerium oder die Schulleiter es verpasst haben, sich darauf vorzubereiten. Nach knapp 18 Monaten Tatenlosigkeit steht man heute an genau der gleichen Stelle wie vor einem Jahr. Mit dem Unterschied, dass den Schülern jetzt entgegen der Empfehlung der Impfkommision Stiko die Corona – Spritze aufgedrängt werden soll. Ein Skandal erster Güte!

D10-1

Das Hochwasser und das politische Nachhaltigkeitsproblem

Jörn Kruse

Das katastrophale Hochwasser aufgrund extremer Regenmengen Mitte Juli 2021 in Teilen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen hat gravierende persönliche und materielle Schäden in diesen Regionen nach sich gezogen und auch viele Nichtbetroffene in Deutschland erschüttert.

Eigentlich müsste es überraschen, dass etliche Politiker -- noch ehe sie die Zusammenhänge recht verstanden hatten -- auf der Katastrophe in plumper Weise ihr parteipolitisches Süppchen kochen wollten oder aufkommende Kritik in pauschaler Weise vor den Fernsehkameras abgebügelt haben. Das ist die Art von Parteipolitik, insbesondere vor Wahlen, die für das extrem schlechte Ansehen der Parteien bei den Bürgern mit verantwortlich ist.

RP-NRW-Hochwasser durch Klimawandel ?

Einige haben gleich „den Klimawandel“ dafür verantwortlich gemacht. Das ist praktisch, weil es verbal so schön einfach ist und aufgrund der inhaltlichen Komplexität kaum widerlegt werden kann. Dieser bedeutet jedoch -- entgegen der schnellschüssigen Behauptung von Politikern und Medien -- de facto gar nichts für die aktuelle deutsche Politik -- und zwar sowohl aus geografischen wie aus zeitlichen Gründen.

Geografisch: Die Starkregenfälle und deren verheerende Folgen waren ein regional extrem begrenztes Phänomen, während der Klimawandel eine globale Entwicklung ist. Deutschland trägt 2% zum globalen CO₂-Ausstoss bei. Natürlich sollte man die heimische Emissionsmenge senken und auf die Hauptemittenten China (30%) und USA (14%) einwirken, dass sie das Gleiche tun. Aber (wie vor allem einige Grünen-Politiker) zu behaupten, die deutsche Regierung (oder gar der CDU-Kanzlerkandidat) sei für das Hochwasser verantwortlich, ist selbst dann peinliches Kita-Niveau aus durchschaubaren Wahlkapfmotiven, wenn man feststellt, dass die klimapolitischen Bilanzen der vier Regierungen Merkel enttäuschend waren.

Zeitdimension: Der RP-NRW-Starkregen war das Ergebnis einer spezifischen Wetterkonstellation eines einzigen Tages, die es allerdings vor etlichen Jahrzehnten und Jahrhunderten auch schon gelegentlich gab und vermutlich auch in der Zukunft wieder geben wird. Die anthropogene (menschengemachte) Erwärmung gibt es seit ca. 150 Jahren. Nennenswerte Änderungen an dieser Entwicklung bräuchten ähnlich lange Zeiträume. Das heißt, selbst wenn die jetzigen „Klimaaktivisten“ die absolute Mehrheit im Bundestag und im Europaparlament (sowie im amerikanischen Kongress) hätten, wären die jetzt lebenden Menschen nicht vor Starkregen der gerade erlebten Art geschützt. Da wäre etwas Weitsicht und Bescheidenheit angemessen.

Politiker haben nichts falsch gemacht

Immer, wenn etwas offensichtlich schief gelaufen ist, haben die Politiker, die an den Mikrofonen stehen, nichts falsch gemacht. Schuld haben immer die anderen oder die „höhere Gewalt“. Wenn im Folgenden dennoch von einzelnen Fehlern die Rede ist, betrifft das nicht die Kommunalpolitiker und die Menschen vor Ort und die dorthin geeilten Helfer, die in bewundernswerter Weise retten, Schutt beseitigen, aufräumen und Strukturen wiederherstellen. Heftige Kritik hat allerdings die staatliche Katastrophenschutzpolitik auf sich gezogen. Trotz aller

Hochwasser-Spezifika und föderalen Kompetenzzuordnungen zeigen die dortigen Fehler ein Muster des Politikerversagens, das auch für andere Bereiche gilt, nämlich das „politische Nachhaltigkeitsproblem“.³

Einige staatliche Entscheidungsfelder haben die Eigenschaft, dass nachhaltige (also längerfristig vernünftige) Entscheidungen kurzfristig „politische Kosten“ in Form von Belastungen der Bürger mit sich bringen, während die Vorteile für die Gesellschaft erst später sichtbar werden.⁴ Wenn solche langfristig „richtigen“ Entscheidungen als Folge kurzfristiger Motive der Politiker unterbleiben, wird von einem „politischen Nachhaltigkeitsproblem“ gesprochen.⁵

Das politische Nachhaltigkeitsproblem

In der Parteiendemokratie erzeugen die politischen Mechanismen für die Politiker eine relativ kurzfristige Anreizstruktur. Sie schauen auf die nächsten Wahlen, die Akzeptanz in der eigenen Partei oder gar nur auf die Medienkommentare der nächsten Tage, was auch immer für sie karriere- und imagerrelevant sein kann. Viele Themen haben jedoch langfristige Wirkungszusammenhänge und nicht selten ist eine kurzfristig politisch opportune Entscheidung langfristig nachteilig und eine langfristig rationale Entscheidung kurzfristig unpopulär und für einen Politiker riskant für seine Karriere. Häufig ist es für einen Politiker individuell rational, was langfristig für die Gesellschaft von Nachteil ist.

Betrachten wir für den Zusammenhang zwischen dem Hochwasser und dem politischen Nachhaltigkeitsproblem zwei einschlägige Aspekte mit sehr unterschiedlichen Zeit- und Kostendimensionen, erstens das Versagen der Warnsysteme und zweitens der Umbau von Flusslandschaften.

Ein gravierendes Versagen, das viele Menschenleben gekostet hat, betrifft die Tatsache, dass die meisten Bürger vor der Hochwasserkatastrophe vom 15. Juli nicht rechtzeitig gewarnt wurden, obwohl das bevorstehende Wetterereignis im Wesentlichen seit Tagen bekannt war. Schon am Samstag, 10. Juli, warnte das europäische Warnsystem EFAS (European Flood Awareness System) die betroffenen Regionen. Der Dienst „Kachelmannwetter“ warnte am Sonntag vor Starkregen und Überflutungen. Der Deutsche Wetterdienst DWD prognostizierte am 13. Juli die Regenmengen ziemlich genau. Bei all diesen Systemen waren Experten am Werk, die wie üblich gut funktioniert haben.

Was danach kam, war eine Anhäufung von Politik- und Staatsversagen der besonders peinlichen Sorte. Die Informationen kamen nicht bei den Bewohnern an und diese wurden entsprechend auch nicht evakuiert. Den Bewohnern der betroffenen Gebiete, die das selbst natürlich nicht einschätzen können, wurde nicht vermittelt, welche außergewöhnlichen und lebensbedrohenden Fluten auf sie zukamen. Die EFAS-Hydrologin Hannah Cloke sprach deshalb von einem monumentalen Versagen der deutschen Behörden.

Da die föderalen Zuständigkeiten im Katastrophenschutz im Detail ziemlich kompliziert sind, soll die Problematik hier an Bundesinnenminister Seehofer festgemacht werden, der als

³ Vgl. dazu ausführlicher Kruse (2021), Bürger an die Macht. Abschnitte 5.3.3 und 6.3.2, S. 196ff und 265ff

⁴ Politische Kosten können die Form von Finanzmitteln haben, die dadurch nicht mehr für andere, wählerstimmenrelevante Verwendungen ausgegeben werden können, sowie evtl. Steuererhöhungen oder andere Nachteile für die Bürger beinhalten.

⁵ Beispiele für solche langfristigen Zusammenhänge sind der Klima- und Umweltschutz, Demografie und Alterssicherung, der Katastrophenschutz, die Höhe der Staatsverschuldung, die Ordnungspolitik auf mikro- und makroökonomischen Feldern (Währungsstabilität, Aufrechterhaltung einer funktionierenden Wettbewerbsordnung), außerdem die staatlichen Investitionen in die Infrastrukturen bei Straßen, Eisenbahnen, U-Bahnen, Kommunikation etc.

„oberster Katastrophenschützer“ quasi die Gesamtverantwortung für Warnung und Prävention trägt. Wenn er oder seine Behörde vorher bei den Ländern und/oder den Kommunen gravierende Mängel gesehen hätte, hätte er -- auf welche Weise auch immer -- für eine Abstellung sorgen müssen.

Hinterher zu behaupten, die eigenen Meldewege hätten funktioniert, ist zynisch. Es kommt allein auf die Frage an, ob die Warnungen bei den einzelnen Menschen ankommen und man ihnen deutlich macht, dass es sich nicht um ein normales Hochwasser handelt, sondern um ein außergewöhnlich gefährliches, das von den Bürgern in den betreffenden Gebieten auch außergewöhnliche Maßnahmen für die Sicherheit und gegebenenfalls für die Evakuierung erfordert.

Sirenen sind nicht mehr cool

Ein simples Beispiel sind die Sirenen. In den 50er- und 60er-Jahren gab es in Deutschland noch ein dichtes Netz dieser akustischen Warnsysteme, die mindestens einmal im Jahr für alle vernehmbar getestet wurden. Offenbar galten danach die Sirenen als Relikte des Kalten Krieges und waren in der digitalen Welt auch überhaupt nicht cool. Also wurden die meisten von ihnen abgebaut oder nicht mehr gewartet. Als man dann im September 2020 erneut einen Test vornehmen wollte, führte das zu einem totalen Desaster. Sehr viele Sirenen funktionierten nicht. Hat man in den neun Monaten seither das System der Sirenen funktionsfähig gemacht? Nein, Deutschland verharrte im Sumpf staatlicher Tranigkeit und Inkompetenz, das so gar nicht zum Selbstbild von Effizienz und Wohlorganisation passt, das die Deutschen und vor allem die deutschen Politiker von sich haben.

Natürlich kann und sollte man auch digitale und telekommunikative Strukturen zur Warnung der Menschen nutzen. Aber sie müssen im Ernstfall auch funktionieren und nicht ausfallen, wenn eine Basisstation katastrophenbedingt keinen Strom mehr bekommt. Und sie müssen alle Menschen einer Region erreichen und nicht nur diejenigen, die alle halbe Stunde auf ihr Smartphone schauen.

Von zentraler Bedeutung ist die Umsetzung von Niederschlagsmengen in Überflutungsfolgen und konkrete Handlungsanweisungen an die Menschen und Kommunalbehörden vor Ort,⁶ damit frühzeitig Rettungsmaßnahmen ergriffen werden können. Dabei macht es fassungslos, in welchem Ausmaß der öffentlich-rechtliche WDR bei der Aufgabe versagt hat, die Menschen in ihrem betroffenen Sendegebiet rechtzeitig über die Dramatik und den außergewöhnlichen Handlungsbedarf zu informieren. Denn die Regenmengen waren lange bekannt. Werden diesem Staatsversagen des aus Zwangsbeiträgen aller Bürger finanzierten Rundfunk Konsequenzen folgen oder wird es unter den Teppich gekehrt?

Danach vor den Mikrofonen darüber zu palavern, ob die Kompetenzen auf Bund, Länder und Gemeinden richtig verteilt waren, ist politischer Firlefanz. In jedem Fall hätte das Bundesinnenministerium und sein BBK (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) dafür sorgen müssen, dass Warnungen und Hilfen im Ernstfall funktionieren. Früher wäre vermutlich ein Bundesinnenminister bei krassem Versagen zurückgetreten. Horst Seehofer erklärt stattdessen die Kritik zu populistischer Wahlkampfretorik und bleibt im Amt. Auch das ist typisch: Wenn etwas schiefgelaufen ist, fordern Politiker vor den TV-Kameras nicht selten das, was sie selbst schon lange hätten tun müssen.

⁶ Die einzelnen Menschen können natürlich nicht selbst beurteilen, ob eine bestimmte Niederschlagsmenge der übliche Starkregen ist, der alle paar Jahre mal vorkommt, oder eine lebensbedrohende Sturzflut, die Fluchtmaßnahmen erfordert. Das können nur kollektive Institutionen tun, die die nötige Fachkompetenz haben.

Wenn das Wasser wieder zeitlich hochkonzentriert von Himmel kommt

Der zweite Aspekt betrifft den Umgang mit dem Wasser, wenn es nun einmal zeitlich hochkonzentriert von Himmel kommt. Im Gegensatz zur Warninfrastruktur, die man in überschaubarer Zeit aufbauen und funktionsfähig machen kann, geht es hier um große Investitionen und konflikthaltige Umbauten in längeren Zeiträumen, die dennoch das potentielle Überflutungsproblem durch Starkregen nicht gänzlich lösen, sondern nur abmildern können. Die Instrumente sind unter Fachleuten seit langem bekannt. Es geht dabei unter anderem um die Minderung und zeitliche Streckung der Abflüsse des Wassers durch genügend breite und aufnahmefähige Flussauen, vorgehaltene Überflutungsflächen, Versickerungsflächen und Stauwehre, die das Wasser eine Zeitlang aufhalten können.

Früher hat man durch Ausdehnung der bebauten Flächen zu Lasten der Fließgewässer und durch umfangreiche Flächenversiegelungen die Überflutungsrisiken stark erhöht. Als Folge einiger desaströser Hochwasserkatastrophen z.B. an Rhein, Donau und Oder wurden einige der Streckungsmaßnahmen an größeren Flüssen bereits seit Jahrzehnten umgesetzt, nicht jedoch an kleineren Gewässern, die zu normalen Zeiten harmlose kleine Flösschen oder Bäche sind.

Der Rückbau von Siedlungs- und Gewerbegebieten greift in die Eigentumsrechte einzelner Bürger ein, mindert eventuell die Nutzbarkeit kommunaler Einrichtungen, erfordert eventuell den Umbau ganzer Ortschaften und ist entsprechend mit Kosten und Konflikten verbunden. Auf der anderen Seite weiß man für ein konkretes Entwässerungsgebiet überhaupt nicht, ob die Maßnahmen in den nächsten 30 oder 100 Jahren überhaupt von Nutzen sein werden. Je seltener schädliche Ereignisse statistisch sind, desto schwerer fällt den Menschen der rationale Umgang mit dem Risiko.

Die Entscheidungen, welche der jeweils konkret in Frage kommenden Maßnahmen zur Überflutungssicherung zu realisieren sind, sollten die Bewohner der betreffenden Gebiete eigentlich nicht den Parteipolitikern übertragen, die kurzfristig wiedergewählt werden wollen. Solche Politiker haben in aller Regel für derartige Aufgaben viel zu kurzfristige Anreizstrukturen und zu wenig Fachkompetenz, wobei letzteres auf ihre systembedingte Allzuständigkeit und die mangelnde Spezialisierung zurückzuführen ist.

Unabhängige Fachinstitutionen mit spezialisierten Experten

Aus solchen Gründen wäre die Errichtung unabhängiger Fachinstitutionen aus kompetenten und einschlägig spezialisierten Experten der richtige Ansatz. Diese können aus früheren Erfahrungen (auch aus anderen Regionen der Welt) entsprechend objektivierte Kriterien verwenden und Modellierungen auf der Basis von Wetterdaten und Geländetopografien entwickeln. Solche Hydrologieprofis, die nicht den kurzfristigen öffentlichen Applaus benötigen, haben in der Regel eine längerfristige Anreizstruktur, da sie ihre Kollegen in anderen Regionen und anderen Ländern beeindrucken und Fehltritte vermeiden wollen -- und dies über Jahre und Jahrzehnte.

Es dürfte klar sein, dass man einer solchen Fachinstitution in einer Demokratie keinen Blankoscheck für kostenträchtige Entscheidungen über Investitionen und Siedlungsumbauten ausstellen kann. Derartige Entscheidungen über das Geld der Steuerzahler und eventuelle Eingriffe in bestehende Verfügungsrechte der Bürger können nur von einem demokratisch gewählten Parlament getroffen werden, das die Budgethoheit hat. Man wird auch die zukünftigen Investitionen in die Sicherungsmaßnahmen nicht über längere Zeiträume den später gewählten Parlamenten entziehen können, obwohl man grundsätzlich einen Zehn-Jahres-Investitionsplan demokratisch beschließen könnte. Das Problem besteht darin, die zukünftigen Ausgaben gegen die kurzfristigen Motive späterer Politiker abzusichern, was einer partiellen Entmachtung der dann gewählten Parlamente gleichkäme.

Wenn es also gewichtige demokratische Gründe dagegen gibt, solche Entscheidungen generell von den Politischen Institutionen auf unabhängige Fachinstitutionen zu übertragen, so gilt dies jedoch nicht für die analytische Aufbereitung der Optionen bei der Entscheidungsvorbereitung. Insofern liegt es nahe, in den Nachhaltigkeitsbereichen einen Zwischenschritt einführen, indem die eigentlichen Entscheidungen von den Analysen getrennt und Letztere für die Öffentlichkeit transparent gemacht werden.

Die theoretischen und empirischen Analysen der Optionen werden dann von den unabhängigen Fachinstitutionen nicht nur für die politischen Entscheidungsträger erarbeitet, sondern sie werden auch unmittelbar für eine öffentliche Diskussion verfügbar gemacht. Es muss sichergestellt werden, dass die Politiker die Inhalte (Methoden und Ergebnisse) der Fachinstitutionen und die Publikation (Art und Zeitpunkt) nicht beeinflussen können.

Die Entscheidung selbst wird dagegen weiterhin von den gewählten Politischen Institutionen getroffen. Wenn die Folgen der jeweiligen Entscheidungsoptionen von unabhängigen Fachinstitutionen herausgearbeitet werden und für jedermann sichtbar sind, kann man erwarten, dass die Politiker nachhaltiger entscheiden werden. Ein starkes Abweichen von den Analyseergebnissen und den Expertenempfehlungen würde einen großen politischen Erklärungsbedarf erzeugen, da jeder weiß, dass die Politiker eine geringere Fachkompetenz und möglicherweise abweichende Interessen haben. Sie können zwar weiterhin ihr demokratisches Mandat nutzen und ggf. auch unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten „unvernünftig“ handeln, aber die Fachleute und die Journalisten würden die Diskrepanzen diskutieren und die Wähler würden es vermutlich sanktionieren.

Ein wesentlicher Punkt ist die personelle Besetzung der Vorstände solcher Fachinstitutionen. Bisher haben die Parteien in der Regel weitreichende Rechte bei den Entscheidungen über die Personalia staatlicher Institutionen. Auf diese Weise gelangen häufig parteipolitische Interessen in die Vorstände von Fachinstitutionen oder die Posten werden sogar direkt mit Parteifreunden besetzt. Beides mindert die Qualität und die Funktionsfähigkeit solcher Institutionen.⁷ Die Gremien, die über Vorstandsbesetzungen entscheiden, sollten ganz überwiegend aus Fachleuten bestehen (insbesondere auch aus anderen Regionen).

D10-2

Wissenschaft statt Ideologie - oder woran Deutschland scheitert

Ulrike Trebesius

Die gesellschaftliche und geistige Verwahrlosung unseres Landes zeitigt immer neue Symptome. Natürlich kann Professorex Lann Hornscheidt aus Leipzig vorschlagen, dass wir Familienangehörige zukünftig genderneutral ansprechen und dass das Geschwisterex von Elter 1 als Tonkel bezeichnet werden soll. Oder ein Großelternteil als Ompex. Solche Spinner hat es schon immer und zu jeder Zeit gegeben. Neu daran ist, dass diese dümmlichen Ergüsse in den letzten Jahren ernsthaft diskutiert und sogar gedruckt werden. Professor Lann Hornscheidt ist sogar Inhaber eines Lehrstuhles für Genderfragen. Erschreckend ist, dass niemand kommt und fragt: Ja, habt ihr noch alle Latten am Zaun? Wem hilft diese weltfremde Sprachunterscheidung? Wird dadurch weniger diskriminiert oder anders? Wir sprechen ernsthaft darüber, Menschenmilch statt Muttermilch zu sagen und freuen uns, dass es umweltfreundlich ist, überhaupt keine

⁷ Vgl. dazu Kruse (2021), Bürger an die Macht, S. 80ff und S. 187ff.

Kinder mehr zu bekommen. In einem Land, das angeblich der Wissenschaft folgt, werden diese ideologischen Themen, die biologische Tatsachen ignorieren bzw. verleugnen, ernsthaft debattiert. Anstatt zu überlegen, wie eine kleine Minderheit angemessen am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann, ohne diskriminiert zu werden, soll eine Mehrheit von 99% ihre Art zu leben in Frage stellen bzw. sich neuen Sprachgewohnheiten unterwerfen. Dabei ist es Aufgabe der Politik, Gesetzesrahmen für die Mehrheit zu schaffen ohne Minderheiten auszugrenzen. Das hat in der Vergangenheit gut funktioniert. Das generische Maskulin ist eine Sprache, die inkludiert, während die Gendersprache ausgrenzt. In erster Linie alle die Menschen, die ein Leben außerhalb der politisch-medialen Blase führen.

Abweichende Meinungen zu Klimawandel, Wetterereignissen, Energiespeicherung oder volkswirtschaftlichem Basiswissen werden nicht nur ignoriert, sondern stigmatisiert und die Überbringer der schlechten – oder anderslautenden – Botschaften gezielt ausgegrenzt und gesellschaftlich und wirtschaftlich ins Aus manövriert. Der Glaube an Klima, Corona, Gender und andere woke Themen ist mittlerweile religiöser Natur und wird entsprechend geahndet. Weswegen alle Nichtgläubigen auch als Leugner bezeichnet werden. Dabei muss eine Gesellschaft, die sich wirklich auf die Wissenschaft beruft, tagtäglich mit dem Zweifel leben. In der Wissenschaft sind Ergebnisse immer nur so lange aktuell, bis andere Ergebnisse und Wissensstände erreicht werden. Diese Gesetzmäßigkeit hat unsere Entwicklung in den letzten Jahrhunderten immer weiter vorangetrieben und unsere Gesellschaften ständigen Modernisierungen unterworfen. Es mag ja sein, dass 99 % aller Wissenschaftler den Klimawandel bestätigen. Und es gibt wohl niemanden, der dies wirklich bezweifelt. Die Frage ist, inwieweit CO₂ allein dafür zuständig ist und welche anderen komplexen Wirkungen ebenfalls Einfluss haben: Golfstrom, Sonnenstürme, Vulkanausbrüche. Und es reicht ein Einziger, um das gesamte Weltbild ins Wanken zu bringen, wie wir spätestens seit Galileo Galilei wissen: „Und sie dreht sich doch!“.

Die Vorstellung, das Klima beeinflussen zu können, zeugt von einer unglaublichen Hybris, die in wenigen anderen Regionen der Welt so betrieben wird wie in Deutschland. Deutsch zu sein bedeute: “ Eine Sache um ihrer selbst willen zu tun.“, hat Richard Wagner geschrieben. In der Beziehung sind die Grünen also deutscher als ihnen lieb sein mag.

Anstatt also Maßnahmen zu entwickeln, wie eine hochindustrialisierte Gesellschaft angemessen mit Klimaveränderungen umgehen kann, werden missliebige Forschungsergebnisse unterdrückt und Maßnahmen, die den Energiebedarf unseres Landes niemals abdecken können, koste es was es wolle, vorangetrieben.

Sinnvoll wäre es, Umweltschutz zu betreiben, der den jetzigen Stand der Wissenschaft berücksichtigt. Und in Technologien zu investieren, die zum Beispiel Kern-Energie sicherer machen, wie jüngst in China mit dem sogenannten „Chinesischen Drachen“. Aber auch skandinavische und amerikanische Wissenschaftler forschen hier an neuen Technologien, während wir unser Know-How vollständig aufgegeben haben zugunsten der sogenannten Energiewende.

Anstatt unreife und technisch ungebildete Personen wie Luisa Neubauer oder Greta Thunberg zu überhöhen, sollten wir jungen Menschen wie Boyan Slat eine Plattform geben, die sich Gedanken machen, wie unsere Ozeane von Plastikmüll befreit werden können. Sein Unternehmen „The Ocean Cleanup“ dürfte mehr bewirkt haben, als die vielen Hüpfen der FFF-Girls. Slat befreit die Meere übrigens von dem Müll, der allermeist in Südostasien direkt im Meer verklappt wird und nicht etwa in Nord- und Ostsee.

Die Verteufelung des Verbrennungsmotors oder die Ablehnung von Kernenergie wirft unser Land nicht nur wirtschaftlich, sondern auch wissenschaftlich zurück, denn andere Nationen haben hier andere Definitionen und Prioritäten. Und deutsche Unternehmen wie Mercedes und BMW werden diese Motoren zukünftig in China herstellen, während man hier auf die Elektro–

Motoren setzt, die man dann mit Wind- oder Solarenergie betreiben möchte. Welch ein Wahnsinn!

Unser Land ist wissenschaftsfeindlich, rückwärtsgewandt und technologie-feindlich. Wir leben im Zeitalter des postfaktischen und meinen, die Verkündiger einer neuen Welt wären progressiv. Dabei sind sie Apokalyptiker, die Ketzer anprangern. Doch es wäre falsch, nur der Politik und den Medien die Schuld an dieser fatalen Entwicklung zu geben. Eine Industrie, die sich ängstlich allen neuen vermeintlich guten Maßnahmen widerspruchslos unterwirft, ist ebenso schuld wie der unaufgeklärte Konsument, der als Wochenend-Veganer meint, 3 Kühe vor dem Tod bewahrt zu haben. Die gesamte Gesellschaft benötigt einen Aufbruch, der uns wieder träumen lässt von Raketen, die auf den Mond fliegen oder von U-Booten, die die Tiefen des Meeres durchdringen. Dafür brauchen wir Schulen und Universitäten, die sich der ergebnisoffenen Forschung verpflichtet fühlen, die nicht aus- und eingrenzen, zensieren und ausschließen. Anstatt einer Baden-Württembergischen Bildungsministerin, die schülergerechtes Gendern einführen möchte, brauchen wir Eltern, die einen naturwissenschaftlichen Unterricht einfordern, der den Namen verdient. Schlicht unsere gesamte Gesellschaft ist gefordert, den eingeschlagenen Weg der Ideologie zu verlassen und Einstein, Newton, Tesla und Planck zu folgen. Dann besinnen wir uns noch auf Hegel, Kant und Nietzsche und entwickeln diese Ideen weiter. Nur so, mit Neugierde und ohne festgefahrene Wege kann unser Land wieder neue Kraft gewinnen.

Die zur Wahl stehenden Politiker sind gänzlich ungeeignet, diese Wege zu beschreiten. Sie sind alle zu alt, unmodern und ungebildet, um zu begreifen, dass ihre Zeit vorbei ist und sie alte Götzen anbeten. Mit ihnen wird es keinen Aufbruch geben. Nirgendwohin.

D10-3

Propaganda #

Ulrike Trebesius

Wer in diesen Tagen mit der Hamburger U- oder S-Bahn unterwegs ist, der erhält seit Monaten ständige Ermahnungen, doch die unterschiedlichen Gesichtsmasken korrekt zu tragen und auch ansonsten alle Regeln einzuhalten. Seit ein paar Tagen wurden diese Ansagen um regierungsnahe Informationen erweitert. Ganz konkret wird man zum Impfen aufgefordert. Und dann folgt eine genaue Erklärung, wie man zum Hamburger Impfzentrum an den Messehallen kommt, wie und wo man umsteigen soll. Und wenn man diese Aufforderung zu Ende gehört hat, wird auf den Bildschirmen, an denen üblicherweise die nächste Haltestelle eingeblendet wird, darüber aufgeklärt, dass Hamburg bunt ist. Mit Regenbogenfahne versteht sich. Auch Autofahrer kommen an den neuen Informationen zu den jeweiligen gesellschaftlichen Verortungen nicht vorbei. Ob auf den Straßenringen 1 – 3 oder an Werbeflächen: die Regenbogenfahne steht für ein buntes Hamburg, für REWE, die Flagge bekennen wollen oder auch Baumärkte, die dem Zeitgeist folgen und entsprechend bunt im Firmenlogo auftreten.

Ich bewundere den außerordentlichen Mut, der zu diesen absolut einmaligen und seltenen Aussagen gehört! Niemand sonst bekennt sich zu den LGBT – Rechten in Deutschland! Ich werde wohl nicht überrascht sein, wenn man mir demnächst wieder auf entsprechenden Bannern erklären wird, dass der Sozialismus siegen wird als Einheitsfront im Kampf gegen Krieg und Kapitalismus als antifaschistische Einheitsfront. Sie glauben, ich übertreibe? Hätte ich vor einem Jahr auch gedacht. Doch mit den neuen (alten) planwirtschaftlich/ sozialistischen Ideen kehrt auch die gute (alte) Propaganda wieder. Sie glauben, diese müsse immer plakativ daherkommen? Nun ja, Ja! Tut sie doch.

Ich bin übrigens für Rechte für LGBT`s und jeder möge für sich selbst entscheiden, ob er sich impfen lässt oder nicht. Das eine ist eben eine Meinung in einem demokratischen Land, dass alle Lebensformen und vor allem Selbstbestimmung zulässt. Und das andere ist ein Land, das seinen Menschen nicht zutraut, selbst zu denken und diese deshalb mit der Nase darauf stößt. Sollte irgendjemand aus irgendwelchen Gründen eine andere Meinung haben, sagen ihm die Verkehrsbetriebe Hamburg, REWE und der Baumarkt, dessen Namen ich vergessen habe, was er denken soll. Kann man machen. Is nich mutig, is Propaganda.

Wikipedia: „**Propaganda** (von [lateinisch](#) *propagare*, weiter ausbreiten, ausbreiten, verbreiten) bezeichnet in seiner modernen Bedeutung^[1] die zielgerichteten Versuche, politische [Meinungen](#) oder [öffentliche](#) Sichtweisen zu formen, [Erkenntnisse](#) zu [manipulieren](#) und das Verhalten in eine vom Propagandisten oder [Herrscher](#) erwünschte Richtung zu steuern.^{[2][3][1][4]} Die verschiedenen Seiten einer Thematik nicht darzulegen sowie die Vermischung von Information und Meinung charakterisieren dabei die [Propagandatechniken](#).^[3] Dies steht im Gegensatz zu [pluralistischen](#)^[5] und [kritischen](#)^[6] Sichtweisen, welche durch unterschiedliche Erfahrungen, Beobachtungen und Bewertungen sowie einen [rationalen Diskurs](#)^{[7][8]} geformt werden.“

D10-4

Baerbock ohne Ende ?

Jörn Kruse

Als ich den Beitrag D9-4 Die Annalena will ins Kanzleramt Mitte Juni geschrieben habe, habe ich eigentlich gedacht, dass er schon beim Erscheinen partiell überholt sein würde, weil Annalena Baerbock von der sogenannten Kanzlerkandidatur (was für eine Hybris!) der Grünen zurückgetreten sein würde -- vielleicht sogar aus eigener Einsicht, aber eher noch gedrängt von ihrer Partei aus machtpolitischer Rationalität.

Die Probleme, die zu einem Absturz der Umfragewerte der Grünen von 28 auf unter 20% geführt haben, waren hausgemachte Baerbock-Fehler und -mängel, die ursprünglich durch eine einfache Ersetzung von Annalena Baerbock durch Robert Habeck hätten gelöst werden können. Dieser hat nämlich -- im Gegensatz zu Annalena -- ein richtiges Studium mit Abschluss, eine echte Promotion, mehrere selbstgeschriebene Bücher, politische Erfahrung in einem Ministeramt, offensichtlich mehr fachliche Kompetenz und außerdem eine persönliche Seriosität, die die hochstaplerische und betrügerische Baerbock nicht hat.

Aber der Rücktritt ist nicht erfolgt. Stattdessen versucht man, die Kritiker -- auch die sonst so unkritisch von den Grünen begeisterten Journalisten -- zu diffamieren. Willkommen in der Realität! Die Absicht ist wohl, die Sache auszusitzen, damit die Wähler vergessen, wie ungeeignet und unqualifiziert die Baerbock ist. Aber was kommt noch alles? Bei Annalena kann man sich vieles vorstellen.

Ein schon öffentlich thematisiertes Problem ist das Promotionsstipendium von der Böll-Stiftung. Bedingung dafür ist, dass man mindestens 50% seiner Arbeitszeit der Promotion widmet. Zur gleichen Zeit hat sie von den Grünen in Brandenburg ein Gehalt mit der Begründung bezogen, sie sei für den Grünen-Job mehr als 50% ihrer Arbeitszeit tätig gewesen. Das ist ein offensichtlicher Widerspruch. Für die Böll-Stiftung ist das heikel, weil die Gelder aus Steuermitteln stammen und somit die Gemeinnützigkeit der Stiftung auf dem Prüfstand steht.

Noch nicht beantwortet ist die Frage, wie Baerbock überhaupt als Doktorandin an der FU Berlin angenommen werden konnte, obwohl sie über keinen Universitätsabschluss verfügt (von der

LSE hat sie lediglich einen einjährigen Weiterbildungsmaster). Es gibt offenbar auch keine belastbaren Informationen, dass sie tatsächlich offiziell angenommen wurde und/oder wirklich an einer Dissertation gearbeitet hat.

Die gleichen Fragen stellen sich in verschärfter Weise für die Stipendiengewährung durch die Böll-Stiftung, da Baerbock nicht über die notwendige Voraussetzung eines (in der Regel guten) Universitätsexamens verfügte. War das eine Mauschelei unter Parteifreunden, die die Böll-Gremien ganz überwiegend besetzen? Da solche Stipendien unter Doktoranden begehrt und natürlich zahlenmäßig begrenzt sind, muss man davon ausgehen, dass Annalena Baerbock einer/m „richtigen Doktorandin/Doktoranden“⁸ de facto das Stipendium weggenommen hat, obwohl sie über andere Einkünfte verfügte, aber nicht wirklich über den Willen zur Promotion.

Je länger die Grünen an Annalena Baerbock festhalten, desto mehr peinliche Fragen richten sich bezüglich des Desasters auch an die Partei. Die Parteioberen müssen natürlich gewusst haben, dass Annalena über keinen Universitätsabschluss auch noch über keine Berufsausbildung verfügt. Außerdem hatte sie noch nie ein öffentliches Amt inne und ihr Grünen-Vorsitz in Brandenburg war (wegen ihrer mangelnden Aufsicht über den Schatzmeister) ein (270.000 Euro teures) finanzielles Desaster für die Partei. Es gibt das böse Gerücht, Annalena Baerbock habe vor einer geplanten Operation mit dem Chirurgen gesprochen. Der habe erklärt, eine solche Operation noch nie gemacht zu haben. Da sich ja was ändern müsse, habe er eine innovative Herangehensweise. Das sei sein Angebot an sie. Wie hat sie sich wohl entschieden?

Viele haben sich daran gewöhnt, dass es heißt „bei gleicher Eignung wird die weibliche Bewerberin vorgezogen“. Bei den Grünen ist das Standard. Aber von gleicher Eignung kann hier keinesfalls die Rede sein. Robert Habeck ist unzweifelhaft deutlich besser geeignet. Aus rein ideologischen Gründen Frauen zu bevorzugen, ist für grüne Parteiämter deren Sache. Für öffentliche Ämter auf Regierungsebene ist das hochproblematisch (um noch das Harmloseste zu sagen). Ich hoffe, die Wähler wissen das.

Frau Baerbock ist seit Anfang 2018 Ko-Parteivorsitzende. Seither wäre für die Parteizentrale Zeit gewesen, ihren Lebenslauf für die Webseite zu überprüfen und von den Hochstapeleien und den Lügen zu bereinigen. Gab es keinen Berater, der sich mit dem „Personaler-Business“ (incl. Lebensläufen und akademischen Usancen) auskennt? Jetzt ist Frau Baerbock eine unsehrwürdige Person, die zu Ihren Gunsten bei jeder Gelegenheit Fünfe gerade sein lässt. Kann man sich so jemand in einem Regierungsamt vorstellen, in dem sie Deutschland vertritt?

Dennoch sind ihre charakterlichen Mängel nicht einmal das Hauptproblem. Das besteht im völligen Fehlen von Erfahrungen in politischen und staatlichen Ämtern sowie in der Abwesenheit jedweder Fachkompetenz. Sie ist deshalb schon von anderen als die „unterqualifizierteste Person“ bezeichnet worden, die sich jemals in Deutschland um ein staatliches Spitzenamt beworben hat. Leider kann man dem nur zustimmen und hoffen, dass Annalena Baerbock unserem Land erspart bleibt.

D10-5

⁸ Ein/e „richtige/r Doktorand/in ist eine Person, die ernsthaft versucht, eine Dissertation erfolgreich zu schreiben und dafür promoviert zu werden. Das war bei Baerbock offenbar nicht der Fall. Möglicherweise war sie dazu fachlich auch gar nicht in der Lage. Dieser Eindruck drängt sich jedenfalls aufgrund neuerer Texte auf, bei denen Baerbock als Autorin firmiert.

Fragen eines lesenden Ökonomen

(an Hans-Olaf Henkel, Bernd Kölmel, Joachim Starbatty und Ulrike Trebesius)

Jan Thieme

Die vier im Untertitel genannten ehemaligen Europa-Abgeordneten, haben in einem am 19. Juni 2021 in der FAZ veröffentlichten Leserbrief⁹ zum Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2020 zum Ankaufprogramm öffentlicher Anleihen – wohl dem Format eines Leserbriefs geschuldet – ihre Position in bemerkenswerter Prägnanz dargelegt: Seit dem Diktum des damaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi „whatever it takes“ vom 26. Juni 2012 „ist die Politik der EZB überdeterminiert: Verantwortung für Preispolitik und Verbot monetärer Staatsfinanzierung einerseits und Zusammenhalten der Eurozone andererseits“, lesen wir in dort, und weiter: „dass die hinkende Konstruktion – Schaffung gemeinsamen Geldes ohne entsprechendes politisches Fundament – immer zu Konflikten zwischen rechtsstaatlicher und opportunistischer Politik führen muss.“

Obgleich der Autor ein Ökonom ist, hat er sich bisher nicht in der Tiefe mit Währungspolitik beschäftigt. Deshalb möchte er sich in dieser komplexen Angelegenheit allenfalls einige artige Fragen an diejenigen erlauben, die offensichtlich so viel tiefer in der Materie stecken.

Ist die Aufgabenstellung der EZB wirklich „überdeterminiert“?

Die von den vier Leserbriefschreibern verwendete, mathematische Metapher der Überdetermination (eines Gleichungssystems) bedeutet: Für das System existiert keine Lösung. Ist es wirklich so, dass Geldwertstabilität und Zusammenhalt der Eurozone nicht kompatibel sind? Das erscheint nicht als zwingend: Wenn alle Eurozonen-Länder einen stabilen Geldwert erstreben, ist das dann nicht eher ein Grund zum Zusammenhalt? Und gibt es in der Eurozone eigentlich Länder, die keine Geldwertstabilität wollen? Wenn ja, welche? Hinter der Behauptung der Überdetermination steht die Hypothese, monetäre Staatsfinanzierung verursache Inflation. Ist das so? Ist das immer so? Oder müssen für das Entstehen von Inflation mehrere Bedingungen zusammen eintreten, von denen die monetäre Staatsfinanzierung nur eine ist?

Hatten wir nicht bis anhin eher Deflations- statt Inflationssorgen?

Und gibt es nicht wie überall im Leben Kompromisse und Ausnahmen, die nicht gleich das System außer Kraft setzen? Wer sagt denn, dass nicht ein gewisses Maß an Inflation wünschenswert ist? Haben wir nicht in den letzten Jahren von Deflationssorgen gelesen, die zu Kaufzurückhaltung und Konjunkturabschwächung führen könnten? Hat nicht der unvergessene Mitstreiter von Joachim Starbatty, Wilhelm Hankel (1929-2014), in seinem Buch mit Robert Isaak *Die moderne Inflation* (1981) dargelegt, dass Inflation das Wachstum vorfinanziert? Welcher Ökonom, der eine Pandemie wie einen Krieg als Angebotsschock ansieht, dächte nicht sofort an die berühmte Abhandlung von Keynes *How to Pay for the War* (1940), die die Kriegsfinanzierung durch (vorübergehende) Inflation empfahl? Warum soll da ein akzeptiertes Niveau an Inflation zum Auseinanderbrechen der Euro-Zone führen?

Wer will überhaupt Inflation? oder: How Much Does Money Really Matter?

⁹ nahezu wortgleich erschienen als Beitrag D9-3 in diesem Diskursforum

Welcher europäische Staat sollte bei negativen Zinsen auf Staatsschulden ein Interesse an einer höheren, monetär induzierten Inflation haben? An monetärer Staatsfinanzierung vielleicht, aber wenn das für das Preisniveau schadlos ist? Dasselbe gilt für die im postindustriellen Zeitalter geschwächten Gewerkschaften: Welches Interesse sollten diese an einer Lohn-Preis-Spirale haben, wenn das nur die Reallöhne drückt und Nominallohnerhöhungen die Inflation wegen der internationalen Migrations- und Importkonkurrenz nicht mehr ausgleichen? Haben wir denn nicht trotz *Quantitative Easing* und hohem Geldmengenwachstum seit Jahrzehnten Preisstabilität? How much does money really matter then?

Gilt nicht mehr, was der Autor aus der Vorlesung *Wirtschaftspolitik* von Erhard Kantzenbach, dem akademischen Lehrer des Mitherausgebers dieses Diskursforums Jörn Kruse, erinnert, dass nämlich Inflation erst entsteht, wenn die Kapazitätsgrenzen des Produktionspotentials erreicht sind? Ist es nicht einleuchtend, wenn der ehemalige Präsident des HWWI Thomas Straubhaar das Ausbleiben der Inflation damit erklärt, dass es in einer globalisierten Welt immer irgendwo ein erreichbares Angebot gibt, das die heimischen Preise unterbietet?

Sehen wir die fundamentalen Inflationsursachen? oder:

How Much Does Reality Matter?

Wenn es trotz „inflationärer“ Geldpolitik in der Vergangenheit keine Inflation gegeben hat, sind dann die Gründe für die moderne Inflation nicht woanders zu suchen? Etwa dort, wo der britische Ökonom Charles Goodhart sie (für die Zukunft) lokalisiert? Goodhart führt zu einer demographischen Gründe an; das Arbeits(=Produktions)angebot sinkt, während die Konsumnachfrage – auch der Alten – bleibt. Zum anderen die (vermutete) Deglobalisierung nach der Pandemie. Und schließlich noch die während der Pandemie aufgestaute Konsumnachfrage. So wird etwa von Carl-Christian von Weizsäcker (*Sparen und Investieren im 21. Jahrhundert*, 2019) auch das niedrige Zinsniveau auf andere als geldpolitische Gründe zurückgeführt, nämlich ebenfalls auf demographische.

Aber was hat das alles mit der Eurozone und deren möglicher monetärer Staatsfinanzierung zu tun? Die EZB sollte gegen die Demographie gegensteuern, könnte man denken. Aber wie sollte die EZB gegen die Inflation steuern, wenn das Angebot zurückgeht? Mit einer restriktiven Politik, die das Angebot weiter dezimiert? Und was sollte die EZB tun, wenn sich das Geld bereits in den Taschen der Konsumenten befindet? Mit höheren Zinsen, damit das Geld nicht für den Konsum ausgegeben wird? Das würde doch das Angebot noch weiter dezimieren, oder? Wenn alte Menschen einfach konsumieren wollen und nicht sparen, hätten wir eine umgekehrte Liquiditätsfalle: Es gelänge der Zentralbank nicht mehr, durch restriktive Politik den Konsum einzuschränken – eine zu Keynes' Zeiten unvorstellbare Luxussituation.

„Opportunismus gegen Rechtsstaat“ oder „Recht aus Opportunität“

Die vier Leserbriefschreiber haben Opportunismus gegen Rechtsstaat gestellt. Aber sollte das Recht nicht einem Menschenzweck genügen, wenn Menschen es doch machen? Welchen Sinn hätte ein Recht, das nicht opportun (= zweckmäßig) ist? Ist es nicht unter Ökonomen unstrittig, dass die Maastricht-Kriterien (Schuldenstand nicht über 60 Prozent und Defizit nicht über 3 Prozent des BIP) jeder ökonomischen Begründung entbehren und nur ein willkürliches, politisches Verhandlungsergebnis sind? Sind sich nicht die meisten Ökonomen darüber einig, dass in Zeiten von $r < g$ (Realzins kleiner Wachstumsrate) eine Rückkehr zur Goldenen Regel der Staatsverschuldung besser ist, wonach die Verschuldung im Maße des öffentlichen Nettovermögens wachsen darf? Und ist nicht letztlich die Schuldentragfähigkeit der Staaten maßgeblich? Sollte man nicht schließlich von Ökonomen erwarten, dass sie Vorschläge zur ökonomisch adäquaten Veränderung des Rechts unterbreiten anstatt Prozesse um zweckfreie Rechtsnormen zu führen?

Woher kommt eigentlich diese Aversion gegen Staatsschulden? Ökonomisch begründet ist sie nicht, wenn denn Goldene Regel und Schuldentragfähigkeit beachtet werden. Schulden können ewig durch neue Schulden abgelöst werden, solange das Schuldenwachstum nicht höher als der Zinssatz ist. Das lässt sich mit etwas Mathematik der gymnasialen Mittelstufe leicht zeigen. Ist es ein moralisches Postulat, dass man keine Schulden machen soll? Aber was steckt dahinter? Ein liberales Verständnis von Selbstverantwortung, das eine Schuldenfinanzierung öffentlicher Investitionen ablehnt? Das Bestreben einer „wirtschaftsliberalen Umgestaltung der sozialen Marktwirtschaft“? Wie sie von der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* propagiert wird, deren Vorsitzender Professor Starbatty war? Das wäre gut zu wissen, wenn man das „sozial“ in „sozialer Marktwirtschaft“ ernst nehmen möchte.

Fehlt der EU wirklich das politische Fundament?

Ist es wirklich so, dass der EU ein „entsprechendes politisches Fundament“ fehlt, wie es die vier Leserbriefschreiber behaupten? Gibt es nicht Kommission, Ministerrat, EU-Parlament und EZB mit definierten Aufträgen und Kompetenzen? Dass dort bisweilen miteinander gerungen wird und unterschiedliche Interessen und Zielkonflikte auszugleichen sind, ist doch das Wesen Politik, oder? Mit dem großen Corona-Hilfspaket hat es sogar den von allen Ländern gewollten Einstieg in eine kreditfinanzierte europäische Fiskalpolitik gegeben. Ist das etwa kein politisches Fundament? Muss man nicht anerkennen, dass sich die Geschichte bewegt und dass sich die Dinge in einem politischen Prozess – häufig auch unter Druck – allmählich entwickeln? Sollte man von Ökonomen nicht erwarten, dass sie Vorschläge unterbreiten, wie ein tragfähiges politisches Fundament beschaffen sein sollte, anstatt schon am Gebälk des Gebäudes zu sägen, bevor es errichtet wird?

Haben wir die übergeordnete Gründe für eine europäische Währung vergessen?

Wäre seinerzeit der Rausschmiss Griechenlands mit dem linken, sicherlich nervigen Finanzminister Varoufakis eine wohlabgewogene Maßnahme oder nur ein emotionaler Reflex gewesen? Und wie hätte es dann weitergehen sollen: Portugal? Italien? Spanien? Frankreich? Wäre Europa so am deutschen Wesen genesen? War denn die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien in die EU ökonomisch zweckmäßig? Oder hat es da nicht eher geostrategische Gründe gegeben? Wie 1952 beim NATO-Beitritt der verfeindeten Staaten Griechenland und Türkei? Verstehen die vier Leserbriefschreiber, dass der in Zeiten des Kalten Krieges aufgewachsene Autor Angst hat? Angst vor den Zersetzungserscheinungen des freien Westens, die von jenseits des Atlantiks kamen, die von russlandfreundlichen Rechtspopulisten betrieben werden, und die sich mit ökonomisch anzweifelbaren Euroskeptikern äußern? Verstehen Sie das denn nicht, gerade Sie als Konservativ-Liberale aus derselben Generation wie der Autor (Jg. 1954)?

Erinnern sich die vier nicht daran, dass die europäische Währungsunion als gemeinsames Projekt von Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt initiiert und als Gegenleistung für die französische Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung von Francois Mitterand und Helmut Kohl besiegelt wurde? Sind ihnen nicht die Vorteile bekannt, die Deutschland als Exportnation aus der gemeinsamen Währung gezogen hat? Kennt der Dogmenhistoriker Starbatty nicht Keynes' Frühschrift *The Economic Consequences of the Peace* (1919), wonach der eigene Wohlstand immer auch vom Wohlstand der Nachbarn abhängt? Sollte man da als Europäer nicht daran interessiert sein, seinen Nachbarn unter die Arme zu greifen?

Wen interessiert das Thema eigentlich noch?

Es ist legitim, so ein grundlegendes Projekt wie eine gemeinsame europäische Währung von allen Seiten und auch verfassungsrechtlich zu hinterfragen. Aber sind nicht irgendwann die Fragen auch beantwortet? Und wen interessiert das Thema dann noch? Haben wir nicht 20 Jahre Erfahrung mit dem Euro hinter uns? Und waren die so schlecht? Ja, hat nicht der damals gerade einmal sieben Jahre Euro sogar die Finanzkrise von 2008/09 überstanden?

So viele Berichte. So viele Fragen.

D10-6

Nie wieder
Erwiderung auf Jan Thieme
Nina Goll

In meinem Artikel „[Nie wieder](#)“ (D8-1) habe ich beklagt und kritisiert, dass auf den Hamburger Straßen anti-israelische Demonstrationen stattgefunden haben und dass weder die Polizei eingriff noch die Politik zu diesen Ereignissen angemessen Stellung bezog. Wegen dieser Kritik hat [Jan Thieme](#) (D9-7) mich in die rechte Ecke gestellt und allerlei Dinge behauptet und unterstellt, die weder in meinem Beitrag stehen noch von mir geschrieben wurden. Er meint, mir Dinge in den Mund legen zu müssen oder erklären zu wollen, was ich meinte. Glaubt er denn, erläutern zu müssen, was ich als Frau gemeint haben könnte, weil ich selbst dazu nicht in der Lage bin? Schwingt hier sein herablassend-männliches, also sexistisches, Weltbild mit? Er bedient dabei doch selbst nur Stereotypen, die uns in der Diskussion nicht weiterbringen, ja, die diese sogar verunmöglichen. Ich weise hiermit ausdrücklich alle von Herrn Thieme gemachten Behauptungen aufs Schärfste zurück und verwehre mich gegen diese unglaublichen Unterstellungen! Nichts von seinen böartigen Anschuldigungen, Vermutungen und Unwahrheiten insbesondere im letzten Absatz aber auch im gesamten Text waren Teil meines Artikels. Wie kommt Herr Thieme zu diesen Behauptungen? Wieso unterstellt er Dinge, die in meinem Beitrag so nicht zu lesen sind?

Er macht es sich doch recht leicht, wenn er gerechtfertigte Kritik an den Demonstrationen gegen Israel in Deutschland delegitimiert und Ausfälle verharmlost, die normalerweise strafrechtlich relevant sind, nur weil ich sie auch in Zusammenhang mit den Ereignissen von 2015 setze? Nicht nur bagatellisiert er anti-israelische und rassistische Ausfälle bei diesen Demonstrationen auf unseren Straßen, er verharmlost diese als Ausdruck legitimer Israel-Kritik im Rahmen des Palästina-Konfliktes. Und so, wie er einerseits Differenzierung anmahnt, unterstellt er mit leichter Hand auf der anderen Seite allen Ostdeutschen in einem Nebensatz Rechtsradikalität auf Grund vermeintlichen Abgehängtseins. Ja, lieber Thieme, auch sie scheinen nicht frei von Pauschalierungen zu sein.

Es sind die vermeintlich Wohlmeinenden wie Herr Thieme, die glauben, mit ein paar guten Erklärungen zum Nahost-Konflikt wären diese Ausfälle schon irgendwie entschuldbar. Dabei ist dem Extremismus von allen Seiten entschieden entgegenzutreten. Ob dem von Beatrix von Storch, mit dem er mich einfach gemein macht wie eben auch mit dem muslimischen Antisemitismus. Dankenswerterweise ist der Verfassungsschutz an dieser Stelle aufmerksamer, will er doch hier eine neue Unterscheidung aus genau diesem Grunde einführen. Wir müssen uns allen Extremisten entgegenstellen.

Herr Thieme ist so sehr damit beschäftigt, den Rechtsradikalismus zu bekämpfen – zu Recht, wie ich hier einfügen möchte – dass er auf allen anderen Augen blind zu sein scheint. Gut, dass sich die Juden in unserem Land nicht auf Herrn Thieme verlassen müssen. Denn er sieht nur das, was er sehen möchte. Wir können nur dann konstruktiv sein und Lösungen finden, wenn wir alle Seiten der Medaille betrachten. Nur wer Probleme anerkennt, benennt und analysiert,

wird in der Lage sein, das Versprechen einhalten zu können, dass jüdische Menschen in Deutschland sicher leben zu können.

D10-7

Ist die Arbeitslosenversicherung zeitgemäß?

Noch ein randständiger Vorschlag

Jan Thieme

Corona offenbart ein Problem

Anfang Mai verkündete das Bundeswirtschaftsministerium stolz, dass 100 Mrd. € Hilfen an von Pandemiebeschränkungen betroffene Selbständige ausgezahlt wurden, als Zuschüsse und als Kredite. Damit wurde ein Problem offenbart, das nicht nur auftritt, wenn zum Infektionsschutz die Geschäftstätigkeit unterbunden wird: Die Absicherung von Erwerbspersonen gegen Arbeitslosigkeit, die nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.

20 Prozent der Erwerbspersonen sind nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert

Es gibt in Deutschland (Januar 2021) 44,3 Mio. Erwerbstätige zzgl. 2,9 Mio. Arbeitslose, also 47,2 Mio. Erwerbspersonen. Davon sind 1,9 Mio. Beamte, Richter und Soldaten abzuziehen. So bleiben 45,3 Mio. Personen, die von Arbeitslosigkeit betroffen werden können. Dem gegenüber stehen 33,5 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zzgl. der 2,9 Arbeitslosen, insgesamt also 36,4 Mio. gegen Arbeitslosigkeit Versicherte. Die Differenz zu 45,3 Mio. beträgt 8,9 Mio. nicht gegen Arbeitslosigkeit Versicherte, also 20 Prozent der erfassten Erwerbspersonen, darunter 4,9 Mio. Selbständige und davon etwa die Hälfte Solo-Selbständige.

Man könnte für Selbständige einwenden, dass sie ihr Risiko der Beschäftigungsschwankung gegen ihre, im Vergleich zur abhängigen Beschäftigung besseren Vermarktungschancen abgewogen und ihren Status selbst gewählt haben. Für besser verdienende Selbständige mag das zutreffen. Für Solo-Selbständige häufig nicht, die als Festangestellte auf dem Arbeitsmarkt nicht zu Zuge kommen. Für die Masse der atypisch Beschäftigten, die nicht erfasst (schwarz), in Teilzeit, in einem Minijob, befristet oder als Leiharbeiter arbeiten, ist ihr Beschäftigungsstatus nur zweite Wahl. Auch wenn sie gegen Arbeitslosigkeit versichert sein sollten, bleiben sie gegenüber den regulär Beschäftigten im Versicherungsfall benachteiligt.

Vielfältiger Versicherungsschutz – aber nicht für alle

Der (Eigen-)Versicherungsschutz gegen das Beschäftigungsrisiko besteht aus:

1. **Ersparnisse:** Nennenswerte private Ersparnisse für Krisenzeiten gibt es nur bei Besserverdienenden mit starker Marktstellung, auf dem Arbeitsmarkt oder als Selbständiger.
2. **Kündigungsfristen:** Nur die nach Arbeitsrecht Beschäftigten haben die gesetzliche Kündigungsfrist. Eine längere, vertragliche Kündigungsfrist haben nur die Beschäftigten mit starker Marktstellung – umso länger die Frist, je stärker ihre Stellung ist.
3. **Abfindungen:** Bei Kündigungen ist eine Abfindung von i.d.R. einem halben Gehalt je Beschäftigungsjahr zu zahlen. Dem werden Sozialpläne bei Massenentlassungen nachgebildet. Selbständige, Minijobber, befristet oder kurzfristig Beschäftigte gehen leer aus.
4. **Kurzarbeitergeld:** Die Lohnersatzleistung wird auf Arbeitgeber und Arbeitslosenversicherung aufgeteilt, unabhängig davon, wie produktiv die die Weiterbeschäftigung ist. Arbeitgeber, die auf das Ende der Krise spekulieren, wägen gegen die Kosten der Entlassung und Neurekrutierung ab. Davon profitieren wieder nur regulär und dauerhaft Beschäftigte.

5. **Arbeitslosengeld I:** Für den Bezug ist eine Anwartschaftszeit von zwölf Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erforderlich.

6. **Arbeitslosengeld II/Hartz IV:** Gilt grundsätzlich für alle Beschäftigungsformen.

Es gibt also zwei Gruppen ohne regulären Versicherungsschutz: Erstens die atypisch und i.d.R. nicht dauerhaft Beschäftigten, die keine Ansprüche aus Kündigungsschutz oder Arbeitslosenversicherung haben und so auch nicht in den „Genuss“ von Kurzarbeitergeld kommen. Ihre Marktstellung als meist niedrig Qualifizierte zwingt sie, diese Beschäftigungsverhältnisse anzunehmen; wir wollen sie **unterprivilegiert Beschäftigte** nennen. Zweitens die **Kleinunternehmer und Solo-Selbständigen**, die ihren Beschäftigungsstatus nicht in der Abwägung von Beschäftigungsrisiken und Vermarktungschancen selbst gewählt, sondern ebenfalls wegen ihrer Marktstellung keine Alternative zu ihrem Beschäftigungsstatus haben.

Die große Frage lautet: Wann tritt der „Versicherungsfall“ ein?

Der Versicherungsfall der Arbeitslosenversicherung tritt ein, wenn der Arbeitslose seine Beschäftigung verloren hat und keine neue findet. Wenn sich ihm – unter Berücksichtigung (veränderlicher) individueller Zumutbarkeitsregelungen – eine neue Beschäftigung bietet, erlischt der Versicherungsanspruch. Für die regulär Beschäftigten des Industriezeitalters waren der Versicherungsfall und sein Erlöschen einfach festzustellen. Bei höheren und spezielleren sowie sich wandelnden Qualifikationsanforderungen gelingt der Nachweis einer Beschäftigung (durch das Arbeitsamt) nicht mehr richtig. Arbeit ist nicht mehr so homogen wie zur Jugendzeit des Autors, als Hafenarbeiter im Hamburger Rundfunk aufgerufen wurden, sich zur nächsten Schicht beim Arbeitsamt in der Admiralitätsstraße zu melden.

Die mit großer Emotion geführte Debatte über Hartz IV drehte sich im Kern um das Erlöschen des Versicherungsfalles: Wann sollte das Arbeitslosengeld I durch II ersetzt werden, weil man erwarten konnte, dass der Arbeitslose eine neue Beschäftigung gefunden hätte? Wann sollten gegen Hartz IV-Empfänger Sanktionen verhängt werden, weil man erwarten konnte, dass sie eine Beschäftigung angenommen haben könnten?

Die Letzten beißen die Hunde

Bei einem gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsrückgang verlieren die mit schwacher Marktstellung zuerst ihre Beschäftigung: Ersetzbare niedrig Qualifizierte sowie als Beschäftigungspuffer dienende Leiharbeiter und solo-selbständige Freelancer. Die mit dem höchsten Beschäftigungsrisiko genießen den niedrigsten Versicherungsschutz gegen Beschäftigungslosigkeit, denn beides – Beschäftigungsrisiko und Versicherungsschutz – sind Resultate ihrer schwachen Marktstellung. Die hoch Qualifizierten mit starker Marktstellung, die von den Unternehmen durch eine Krise hindurch gehalten werden, genießen alle Privilegien des Versicherungsschutzes und finden im Notfall auch anderweitige Beschäftigung. **Je höher das Beschäftigungsrisiko, desto niedriger der Versicherungsschutz gegen Unterbeschäftigung.** Paradox, unser Sozialstaat versichert hohe Risiken niedrig und niedrige hoch.

Eine Besonderheit stellt die Feststellung des Versicherungsfalles für Selbständige dar und insbesondere der Nachweis einer Beschäftigung. Wenn es einen Auftrag an einen Selbständigen zu vergeben gibt, herrscht immer Wettbewerb. Der Nachweis einer Beschäftigungsmöglichkeit bedeutet für den Selbständigen noch keine Beschäftigung, denn er muss auch den Wettbewerb gewinnen. Wann erlischt für Selbständige der Versicherungsfall? Wenn es wieder Aufträge am Markt gibt? Soll das Arbeitsamt die zum Wettbewerb ausgeschriebenen Aufträge nachweisen, so wie den Arbeitnehmern die Stellen bei den Arbeitgebern? Wohl nicht.

Die Lösung: Eine chancen- und risikobasierte Arbeitslosenversicherung

Wenn wir erstens aus hier nicht erörterten Gründen die Versicherung gegen Unterbeschäftigung als eine öffentliche Aufgabe ansehen und wenn wir zweitens eine umfassende Arbeitslosenversicherung für alle Erwerbspersonen unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus wollen, weil eher die Marktstellung als die freie Entscheidung den Beschäftigungsstatus bestimmt, und wenn wir es drittens für rational halten, hohe Risiken hoch und niedrige Risiken niedrig zu versichern, dann kommen wir zu einer allgemeinen, chancen- und risikobasierten Arbeitslosenversicherung, das man nach folgendem Schema gestalten könnte:

1. **Individuelle Leistung:** Für jeden Versicherten gibt es ein Referenzeinkommen der Lohnersatzleistung, das sich insbesondere für Selbständige aus dem Durchschnitt zurückliegender Perioden ergibt und für das Dauer und Abschmelzungsraten festgelegt werden.
2. **Risikogruppen:** Jeder Versicherte wird dann einer Risikogruppe zugeordnet, die sich aus Qualifikation, Alter, Branche, Region etc. ergibt und für die ein Risikoscore entsprechend dem Gruppenrisiko der Unterbeschäftigung errechnet wird. Dieser Gruppen-Risikoscore wird auf das (abgeschmolzene) individuelle Referenzeinkommen angewendet.
3. **Konjunktur-Risiko:** Der Gruppen-Risikoscore unter wird mit noch einem dynamischen Zu- oder Abschlag nach allgemeiner oder spezieller Wirtschaftslage von Branche oder Region versehen. (Dynamisierte Leistungen nach Wirtschaftslage sind nicht ungewöhnlich. Unter Helmut Kohl wurden die Bezugszeiten des Arbeitslosengeldes sechsmal verlängert.)

Zum besseren Verständnis drei Beispiele: 1. Ein junger Informatiker in einer Metropole, der wegen der Fusion seines Arbeitgebers überzählig wurde, erhält einen niedrigen Risikoscore, der ihm eine kurze Zeit ohne große Einbußen erlaubt, dem dann aber die Leistungen abgeschmolzen werden, weil er einen neuen Job gefunden haben kann. 2. Ein selbständiger Handwerker, der in eine Krise der Baubranche gerät, erhält eine Aufbesserung des Risikoscores aus *Konjunktur-Risiko*, die es ihm persönlich erlaubt, während der Krise mit verringertem Auftragszugang auszukommen. 3. Ein ungelernter Produktionshelfer, dessen Arbeitgeber die Produktion wegen konjunkturell getriebener Lohnkosten in Ausland verlegt hat, erhält zur Anpassung an den Strukturwandel einen hohen Risikoscore aus *Gruppenrisiko*.

Eine Lösung für kleine Selbständige und unterprivilegiert Beschäftigte

Eine derartige chancen- und risikobasierte Arbeitslosenversicherung würde das Problem der Selbständigen mit dem *Konjunktur-Risiko* lösen: Wenn es allgemein wieder Aufträge gibt, entfällt bzw. reduziert sich die Lohnersatzleistung; denn der Selbständige hat dieselbe Chance wie zuvor, einen Auftrag im Wettbewerb zu erlangen. Diese Versicherung ist nur für Kleinunternehmer und Solo-Selbständige vorgesehen und auch nur für den Ersatz ihrer persönlichen Lebenshaltungskosten. Deren Mitarbeiter haben eigene Ansprüche, und die Betriebskosten müssen dem verringerten Auftragsvolumen angepasst oder durch evtl. öffentlich besicherte Kredite überbrückt werden. Kleine Selbständige unterscheiden sich von Arbeitnehmern nur durch den Beschäftigungsstatus, der in der digitalisierten Gig Economy schwimmt.

Eine chancen- und risikobasierte Arbeitslosenversicherung würde das Problem unterprivilegiert Beschäftigten lösen, indem diese nicht in Hartz IV gedrängt, sondern individuell mit Arbeitslosengeld unterstützt werden, bis sie wieder eine Beschäftigung gefunden haben. Das war 2005 das Ziel der Zusammenlegung von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe. Das setzt voraus, dass die betroffenen Arbeitslosen nach Qualifikation beschäftigungsfähig und nach Motivation (durch hohe Markteinkommen!) beschäftigungswillig sind. Man muss aus der Erfahrung sicherlich eine Grenze ziehen und anerkennen, dass es Menschen gibt, die als Langzeitarbeitslose faktisch aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden.

Chancenbasierte Leistungsflexibilisierung beugt Missbrauch vor

Die Flexibilisierung von Lohnersatzleistungen nach allgemeiner Wirtschaftslage, Branchenkonjunktur oder regionaler Entwicklung hilft auch, Missbräuchen vorzubeugen: Wenn es besser läuft, gibt es weniger Leistungen bzw. kürzere Leistungsdauern. Dann haben die Versicherten ja auch bessere Marktchancen. Ein auf individuelle Risiken und Chancen abstellender Mechanismus zur Missbrauchsvorbeugung wäre überdies eine Schadensfreiheitsprämie: Wer sparsam von Versicherungsleistungen Gebrauch macht, sich also schnell wieder um eine neue Beschäftigung bemüht, erhielte je nach Risikogruppe Vorteile bei künftigen Leistungen.

Auch die Arbeitslosenversicherung für alle Erwerbstätigen ist als allgemeine Volkspflichtversicherung (für die Steuerpflichtigen im Erwerbsalter) anzulegen. Ohne eine solidarische Finanzierung der Leistungen an die Niedrigverdiener aus den Beiträgen der Besserverdiener mit „guten Risiken“ ist eine Arbeitslosenversicherung wie schon derzeit nicht zu rechnen.

D10-8

Einwanderungspolitik ist kein Tabu

Jan Thieme

In einem Beitrag für diesen DISKURS wurde behauptet, es sei ein Tabu, über die deutsche Einwanderungspolitik zu debattieren. Für Ökonomen gilt das jedenfalls nicht. Die räumliche Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit zwischen unterschiedlichen Märkten war für Ökonomen immer schon ein Gegenstand von herausgehobenem Interesse.

Wo stünde die deutsche Bevölkerung ohne Einwanderung?

Wir können uns die Bedeutung der Einwanderung nach Deutschland am nachfolgenden Schaubild 1 verdeutlichen. Die blaue Fläche zeigt den kumulierten Wanderungssaldo und die rote die mutmaßliche Bevölkerungsentwicklung ohne Zuwanderung. Dabei sind die Nachkommen der Zuwanderer nicht berücksichtigt; es wird unterstellt, dass Geburten- bzw. Sterbeüberschuss dem der heimischen Bevölkerung entsprechen, was nicht zutrifft.

Der kumulierte (im Übrigen vom Arbeitsmarkt aufgenommene) Wanderungssaldo von 1950 bis 2020 ist auf 14,6 Mio. bzw. 17,5 Prozent des Bevölkerungsstandes von 83,4 Mio. in 2020 aufgelaufen. 2020 hatten schätzungsweise 21,4 Mio. Menschen bzw. 25,7 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund – gegenüber einem kumulierten Wanderungssaldo von nur 14,6 Mio., was einen Hinweis auf das Ausmaß der höheren Fertilität der Zuwanderer und deren (im Zuwanderungsjahr) altersbedingt geringeren Sterblichkeit gibt: das 1½-fache des kumulierten Wanderungssaldos. Ohne Zuwanderung hätte die heimische Bevölkerung danach nicht auf $(83,4 - 14,6 =) 68,8$ Mio., sondern gar auf $(83,4 - 21,4 =) 62$ Mio. abgenommen! – noch stärker als es die rote Fläche zeigt.

Wirkungen der Zuwanderung: Plus und Minus

Die Zuwanderung nach Deutschland hat verschiedene direkt ökonomische, aber auch im weitesten Sinne kulturelle Wirkungen, die als Integrationskosten und so als indirekt ökonomische Wirkungen angesehen werden können. Um eine Politik über das Ob und Wie der Einwanderung zu bestimmen, bietet es sich an, alle bekannten Wirkungen der Einwanderung vergleichbar ökonomisch zu erfassen und miteinander abzuwägen.

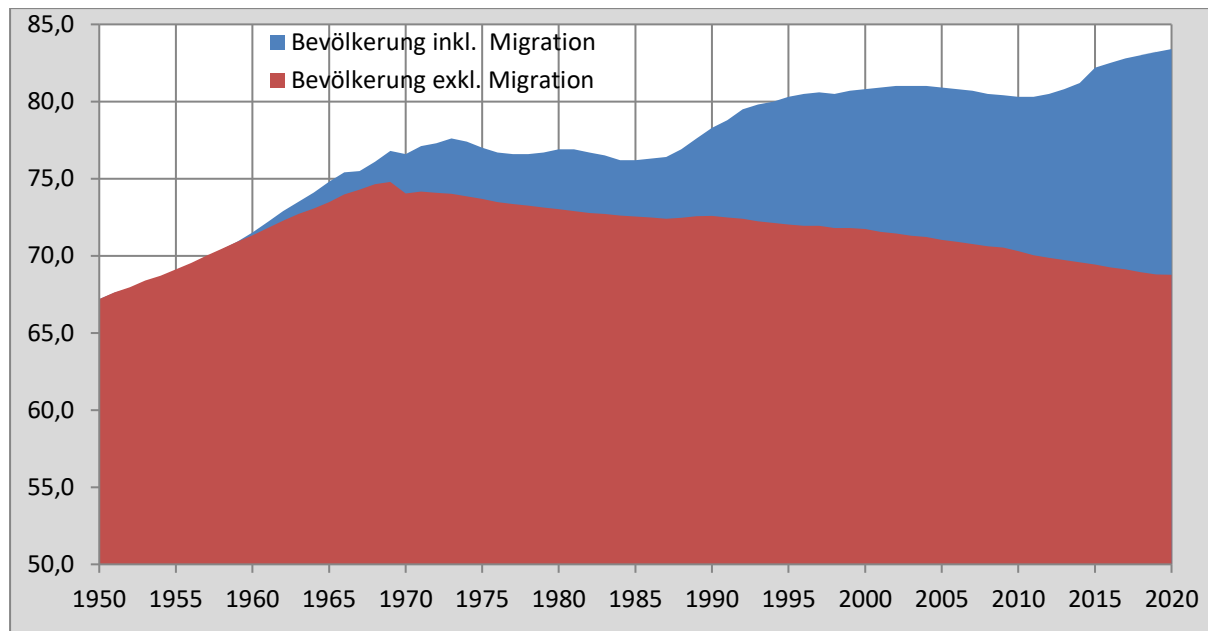


Schaubild 1 : Entwicklung der Bevölkerung in Gesamtdeutschland in Mio. (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, eigene Berechnung: vor 2011 um 1,5 Mio. reduziert wegen Korrektur der Volkszählung 2010)

Großes Plus: Zuwanderer ersetzen die demographische Lücke

Wir brauchen die Zuwanderung aus demographischen Gründen zur Sicherung unserer komfortablen Sozialsysteme. Bei einem Wanderungssaldo von nur 206.000 p.a. wird der Altersquotient von heute 37 Prozent auf ca. 54 Prozent ab 2035 ansteigen (Gutachten des Wiss. Beirats beim BMWi, Mai 2021), d.h. ein Aktiver muss dann bei konstantem Rentenniveau fast 1½-fache heutige Rentenbeiträge aufbringen, ähnlich für Kranken- und Pflegeversicherung.

Eine Nation, die sich eine Geburtenrate von 1,5 leistet, muss die Lücke zum demographisch erwünschten Niveau durch Zuwanderung ersetzen.

Für die meisten Plus, für wenige Minus: Zuwanderer erhalten niedrigere Löhne

Zuwanderer sind typischerweise zunächst in niedrig bezahlten Jobs tätig, darunter persönliche Dienstleistungen wie (bereicherte) Gastronomie, Altenpflege, Gebäudereinigung oder Paketzustellung und auch als Hilfskräfte im Baugewerbe oder Erntehelfer. Zuwanderer erhalten einen Zugang zum Arbeitsmarkt in Tätigkeiten, zu denen Einheimische gar nicht oder nur zu Löhnen bereit sind, die der Markt nicht bezahlt. Durch Integration können sich Zuwanderer teils über Generationen in besser bezahlte Jobs hineinentwickeln; das ist in der Literatur beschrieben (etwa Paul Collier: *Exodus*. 2013, mit tieferer ökonomischer Analyse als hier). Die Einheimischen profitieren davon, dass die Zuwanderer ihr buchstäblich die Drecksarbeit billig erledigen (Plus). Auf der anderen Seite entsteht durch die Zuwanderer bei den ohnehin niedrig bezahlten Jobs eine Lohnkonkurrenz zu den Einheimischen, die auch in diesem Sektor tätig sind (Minus) – aber eben nur für diese und nicht für alle Einheimischen.

Eine aufgeklärte Nation, die niedrig bezahlte niedere Dienste von Zuwanderern in Anspruch nimmt, wird ihre Einheimischen nicht anders als ihre Zuwanderer behandeln können.

Ausgeglichen: Zuwanderer nehmen Ressourcen in Anspruch

Zuwanderung, insbesondere in großen Schüben wie Anfang der 1990er oder Mitte der 2010er Jahre, treibt die Preise in unelastischen Angebotsmärkten wie Wohnungen hoch, was aber

mittelfristig durch Angebotsausweitung ausgeglichen werden kann. Zuwanderer nehmen öffentliche Leistungen wie Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit und Sozialtransfers in Anspruch; dafür zahlen sie allerdings Steuern und Sozialbeiträge, wenngleich anfänglich die Inanspruchnahme die Leistungen überwiegen mag. (Ausgeglichen bis transitorisches Minus)

Eine Nation, die für Zuwanderer attraktiv ist, ist das deshalb, weil sie ihnen (schlussendlich entgeltlich) Ressourcen zur Verfügung stellt.

Großes Minus: Integrationskosten

Zu den Integrationskosten gehören nicht nur Integrations- und Sprachkurse sowie besondere Bemühungen des Schulwesens für Migrantenkinder (und die Kosten des Scheiterns dieser Bemühungen). Kosten von sehr viel höherem Ausmaß ergeben sich aus integrationsunwilligem Verhalten wie Aufsässigkeit Jugendlicher, Auto-Posing, Drogenhandel, sexuellen Übergriffen, islamistischen Gewalttaten bis Clan-Kriminalität. Diese Kosten fallen nicht nur bei Polizei und Justiz, sondern gerade auch bei den Opfern an. Es ist kein Tabu festzustellen, dass es bei den aufgeführten „Kosten“ typische Muster gibt, die allein aus mangelnder bzw. misslungener Integration von Zuwanderern zu erklären sind.

Eine Nation, die die Vorteile der Zuwanderung nutzen will, muss nicht nur die Integrationskosten dagegen abwägen, sondern auch diese Kosten durch Integration begrenzen.

Was heißt eigentlich Integration?

Die Hoffnung von Migranten ist es, im Zielland bessere Verhältnisse als in ihrer Heimat vorzufinden, aus der sie Krieg, Verfolgung, Diktatur, Hunger, Armut oder Perspektivlosigkeit kennen. Sie verlassen ihre Heimat, ihre Angehörigen und nehmen die Strapazen der Reise und die Einreisehindernisse auf sich, und sie denken dabei nicht als erstes an „Integration“, sondern eben an bessere Lebensverhältnisse. Dass Migranten im Zielland nicht noch Integrationsumwege suchen, sondern den Kontakt zu ihren dort lebenden Landsleuten suchen und entwurzelt, wie sie sind, nicht auch noch ihre kulturellen Wurzeln kappen, ist so selbstverständlich wie das Oktoberfest deutscher Auswanderer im brasilianischen Blumenau.

Als Aspekte von Integration werden „Sprache, Bildung, Arbeitsmarkt, Partizipation, Werte und Identifikation“ genannt. Während Sprachbeherrschung, ein Mindestniveau an Bildung bzw. Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt eher notwendige als hinreichende Integrationsbedingungen sind, zu denen hierzulande die meisten Zuwanderer und Zuwanderinnen bereit sind (wenn sie denn am Arbeitsmarkt teilnehmen), bedarf es für die Partizipation am gesellschaftlichen Leben, der Übernahme von Werten und der Identifikation mit dem Zielland zusätzlicher Anreize. Von vollständiger Integration kann auch erst die Rede sein, wenn Zuwanderer und Einheimische einander heiraten – ein Prozess, der über Generationen reicht.

Welche Strategien zur kulturellen Integration von Zuwanderern bieten sich an?

1. Selbstverständlich muss es **Information und Aufklärung** über unsere Werte geben, etwa über die Gleichberechtigung der Frauen oder religiöse Toleranz. Das und vieles mehr ist alles notwendig, aber keineswegs hinreichend. Da findet schon einiges statt. Das muss aber viel mehr werden, um etwa die religiösen Indoktrination in den Moscheen aufzuwiegen.
2. Darüber hinaus muss eine **ideell-kulturelle Integration** angestrebt werden. Unsere auf Protestantismus und Aufklärung beruhenden, am Individuum orientierten, westlich-liberalen Werte müssen von den Zuwanderern geteilt werden, die sich dann ebenfalls stolz darauf berufen. Diese Identifikation kann aber nur gelingen, wenn diese Werte von den Vertretern der deutschen Gesellschaft offensiv und überzeugend vorgetragen und nicht aus falscher Rücksichtnahme vor den Zuwanderern verschämt zurückgehalten werden.

3. Die Auflösung bzw. Verhinderung von Parallelgesellschaften kann nur gelingen, wenn den Zuwanderern Aufnahmeangebote in die Zivilgesellschaft bis ins Private hinein angeboten werden. Ohne eine **Willkommenskultur** kann sich die Zuwanderer nicht aufgenommen fühlen und haben so auch keinerlei Anreiz, sich zu integrieren.
4. Zur kulturell-ideellen Integration, die aufgrund gemeinsamer Werte zu einem entsprechenden Umgang miteinander und aufgrund der Identifikation mit dem Land zu einem entsprechenden Verhalten in ihm führen soll, reichen intrinsische Motive nicht aus. Es müssen **materielle Anreize**, etwa Karriereperspektiven für kulturell-ideell Integrierte hinzutreten. Hilfreich sind dabei Vorbilder wie Özdemir, Öger, Özkan oder Özoguz.
5. Gegen das oben so genannte „integrationsunwillige Verhalten“ muss es **Sanktionen** geben. Es ist nicht rassistisch, wenn im Hamburger Schanzepark Schwarzafrikaner auf Drogen kontrolliert werden, sondern polizeitaktisch geboten. Das mittlerweile konsequente Vorgehen gegen Clan-Kriminalität in NRW und Berlin ist richtig, aber es hat gedauert, bis es dazu kam. Der Rechtsstaat muss zweifelsfrei stärker sein, nur so findet er auch mit seinen liberalen Seiten kulturelle Anerkennung. Aber gleichzeitig müssen betroffenen Zuwanderern auch Entwicklungsperspektiven außerhalb von Kriminalität angeboten werden.

Wenn diese Integrationsstrategien aufgehen, begrenzt das auch die Integrationskosten.

Es gibt Vorschläge, nach kanadischem oder australischem Vorbild eine **Priorisierung** von Zuwanderern vorzunehmen. Das kann man versuchen, aber in einer Zeit, in der Flucht und Wirtschaftsmigration kaum auseinander zu halten sind, wird das am Zuwanderungsdruck scheitern. Hingegen erscheint eine **Kontingentierung** bzw. Begrenzung als sinnvoll, denn wir können nicht das Elend der ganzen Welt aufnehmen, und aus ökonomischer Sicht ist der Zuwanderungsgrund zweitrangig. Aber weder Priorisierung noch Kontingentierung entbinden uns von der Notwendigkeit der Integration in unser „Hoffungsland“ (Olaf Scholz).

D10-9

Ramaphosa, Merkel und die parteipolitische Provinz in Deutschland

Jörn Kruse

In diesen Tagen wird anlässlich eines Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht ein Ereignis aus der deutschen Provinz wieder beleuchtet, dass im Februar 2021 viel Moralstaub aufgewirbelt hat. In Thüringen erfolgte die Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten augenscheinlich mit den Stimmen der Abgeordneten von CDU (21), FDP (5) und AfD (22) gegen diejenigen der Linken (29), SPD (8) und Grüne (5).

Am nächsten Tag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel bei Ihrem Staatsbesuch in Südafrika zur Beginn der Pressekonferenz in Anwesenheit des südafrikanischen Präsidenten Ramaphosa dazu Folgendes gesagt: *„Die Wahl dieses Ministerpräsidenten war ein einzigartiger Vorgang, der mit einer Grundüberzeugung für die CDU und auch für mich gebrochen hat, dass nämlich keine Mehrheiten mit Hilfe der AfD gewonnen werden sollen. Da dies in der Konstellation, in der im dritten Wahlgang gewählt wurde, absehbar war, muss man sagen, dass dieser Vorgang unverzeihlich ist und deshalb das Ergebnis rückgängig gemacht werden muss. Zumindest gilt für die CDU, dass sich die CDU nicht an einer Regierung unter dem gewählten Ministerpräsidenten beteiligen darf. Es war ein schlechter tag für die Demokratie.“* Dies wurde auch auf den Internetseiten der Kanzlerin und der Bundesregierung publiziert.

Das war zweifellos eine Grenzüberschreitung und eine Mißachtung des Neutralitätsgebotes. Das wird das Bundesverfassungsgericht vermutlich (ähnlich wie in früheren Fällen) auch feststellen. Ob allerdings die AfD dadurch wirklich benachteiligt wurde, mag dahingestellt sein. Es könnte im Ergebnis auch eine ungewollte Werbung für die AfD und deren rechtsradikalen thüringischen Vorsitzenden und Flügel-Gründer Björn Höcke gewesen sein. Wichtiger und bedenklicher sind andere Zusammenhänge:

Dass die Bundeskanzlerin Merkel auf der offiziellen Pressekonferenz den neben ihm stehenden Präsidenten Ramaphosa dadurch beleidigt, das sie zu Beginn nicht etwa über die Themen des Staatsbesuchs, die Vorteile und eventuellen Probleme einer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Südafrika spricht, sondern parteipolitischen Kleinkram aus der deutschen Provinz kommentiert, ist empörend. Wenn sie dazu unbedingt ihre Meinung sagen will, hätte sie das bei einem Gespräch mit deutschen Journalisten tun können. Auch dann hätte es sich gehört zu sagen: Ich spreche jetzt nicht als Kanzlerin, sondern als CDU-Mitglied (Vorsitzende war sie ja schon lange nicht mehr). Man hätte auch den mitreisenden Journalisten auf dem Flug oder danach ein Papier („Position des CDU-Mitglieds Merkel zu den Ereignissen von Erfurt“) verteilen können, das den Vermerk enthält, dass einschlägige Fragen auf den offiziellen Terminen des Staatsbesuchs nicht beantwortet werden.

Ist Deutschland ein föderaler Staat ?

Angela Merkel hat offenbar nicht internalisiert, dass Deutschland ein föderaler Staat ist. Anweisungen aus Berlin, wie ihre thüringischen Parteifreunde sich zu verhalten haben („... *deshalb das Ergebnis rückgängig gemacht werden muss...*“) sind föderal-undemokratisch und respektlos. Befehle aus Berlin kennt man in Erfurt noch aus DDR-Zeiten. Aber die DDR, in der die ehemalige Kader-Kommunistin Merkel sozialisiert wurde, war weder demokratisch noch föderal.

Fehlenden Respekt vor einem Bundesland und deren Wählern kennzeichnete auch die damalige CDU-Bundesvorsitzende Kramp-Karrenbauer, die aus Berlin schon nach der Landtagswahl¹⁰ am 27.10.2019 Oktober für Thüringen den Befehl ausgegeben hatte, „keine Zusammenarbeit der CDU mit Linken oder AfD!“ zu machen. Das ist rechnerisch unmöglich, wenn man nicht die Unregierbarkeit in Kauf nehmen will.¹¹

Vor der Wahl wurde die Landesregierung von Ministerpräsident Bodo Ramelow von Linken, SPD und Grünen gebildet, die jedoch durch die Wahl 4 Sitze und damit ihre Mehrheit verlor. Danach wurde mehrere Monate lang versucht, eine neue Mehrheit zu schaffen. Dies scheiterte offensichtlich an mangelnder Kompromissbereitschaft von Linken, SPD, Grünen, CDU und FDP sowie an einem Apriori-Ausschluss der AfD. Genügt hätte schon die Zusage einer fallweisen Unterstützung der alten Regierung durch CDU und/oder FDP. Das Ganze wurde erheblich erschwert bzw nahezu unmöglich gemacht durch das Berliner Diktum, dass die CDU-Abgeordneten nicht mit Linken oder AfD zusammenarbeiten dürften. Kramp-Karrenbauer und Merkel tragen also ein hohes Maß an Verantwortung für die nachfolgenden Ereignisse. Wenn man die eigene Parteirhetorik über das Thüringer Gemeinwohl stellt, muss man sich nicht wundern, wenn die Ergebnisse hinterher nicht passen.

Vabanquespiel der Links-Koalition

¹⁰ In Thüringen hatten die Wähler zu 55,4% extreme Parteien gewählt, viele davon aus Protest. Linksextrem 31,4% (Linke 31%, KPD 0,1%, MLDP 0,3%), Rechtsextrem 24% (AfD 23,4%, NPD 0,5%, Blaue Team Petry 0,1%).

¹¹ Von den 90 Sitzen im thüringischen Landtag haben die extremen Parteien AfD und Linke 51 Sitze errungen. Das bedeutet, dass ohne eine extreme Partei keine Mehrheits-Regierung möglich ist.

Nach mehr als vier Monaten hat die Links-Koalition dann Vabanque gespielt und Bodo Ramelow zur Ministerpräsidentenwahl gestellt, obwohl sie keine Mehrheit hatte. Vermutlich hat sie darauf spekuliert, dass einige CDU und/oder FDP-Abgeordnete „heimlich“ für Ramelow stimmen, um die Kuh vom Eis zu kriegen. Da die Wahlen geheim sind, hätte sich niemand dafür vor den Berliner Funktionären rechtfertigen müssen. Eine solche Lüge wäre auf jeden Fall staatspolitisch konstruktiv gewesen.

Das erfolgte in den ersten beiden Wahlgängen jedoch nicht, so dass es im dritten Wahlgang zum genannten Ergebnis kam, weil die AfD überraschend Kemmerich und nicht ihren eigenen Kandidaten wählte. Viele Abgeordnete, die sich sonst auf ihre eigene taktische Cleverness ganz viel zugute halten, wurden taktisch ausgekontert. Das schmerzt und macht wütend. Die Kemmerich-Wahl, die demokratisch korrekt zustandegekommen war, wurde dann mit viel moralischem Aufwand und erhobenen Zeigefingern von zahlreichen Politikern und Journalisten von hohen Podesten aus skandalisiert. AfD-Stimmen sind im Parlament offenbar moralisch minderwertig. Klar war natürlich, dass mit dieser Wahl keine Regierung gebildet war und bei den gegebenen Sitz Verhältnissen auch nicht gebildet werden konnte.

Wenn Angela Merkel sagt, dass das Ergebnis „...in der Konstellation, in der im dritten Wahlgang gewählt wurde, absehbar war, ...“, kann man das wohl nur als Ex-post-Klugscheißerei betrachten. Wenn es tatsächlich absehbar war, hätte die CDU im zweiten Wahlgang ganz locker und ohne Aufhebens für die Wahl von Ramelow sorgen können. Oder wollten Merkel und AKK noch ein bißchen länger als die schon vergeudeten drei Monate „Thüringer Unregierbarkeit“ spielen, um Linke, SPD und Grüne vorzuführen?

Aber was wäre wohl gewesen, wenn Herr Ramelow gleich im ersten Wahlgang gewählt worden wäre -- mit den Stimmen von Linken, SPD, Grünen und AfD. Hätte er dann die Wahl nicht angenommen, weil er von der Igitt-Partei AfD gewählt worden ist? Oder hätte man die Lüge verbreitet, die fehlenden Stimmen seien von der CDU gekommen? Dagegen könnte die CDU sich nicht wehren, da die Wahlen geheim sind. Eine Sicherstellung der Ministerpräsidentenwahl durch CDU und/oder FDP wäre ohnehin deren staatsbürgerliche Pflicht gewesen, wenn sie sich der Funktionslogik der Parlamentarischen Demokratie bewusst sind. Als Retourkutsche für mangelnde Kompromissbereitschaft der Linken die Stimmen zu verweigern, ist zwar menschlich verständlich, aber dennoch etwas schäbig. Für eine Verhinderung der für Thüringen vernünftigsten Lösung, nämlich eine offene Einbeziehung der CDU waren allerdings AKK und Merkel verantwortlich, denen Thüringen offenbar zu unwichtig war, um sich Flecken auf der Berliner Partei-Sprachregelung einzuhandeln.

Koalitionstheater in der Parlamentarischen Demokratie

Die eigentlichen Probleme resultieren allerdings schon aus dem System der Parlamentarischen Demokratie, bei der ein einziges Votum der Bürger sowohl ein repräsentatives Parlament als auch eine handlungsfähige Regierung erzeugen soll. Dies bringt eine ganze Reihe von Problemen mit sich, die an anderer Stelle ausführlich diskutiert werden.¹² Dazu gehört das „Koalitionstheater“, das nach den Wahlen oft über viele Wochen oder Monate (in Thüringen über drei Monate, auf der Bundesebene nach der Wahl 2017 mehr als fünf Monate) anhält, in der deshalb keine handlungsfähige Regierung existiert.

Da die Wähler den Parteien in der Wahlkabine Blankoschecks ausstellen müssen, haben einige je nach Sitzverteilung quasi Vetopositionen, die sie aus Parteiegoismus als Blockadeinstrument auch zu Lasten des Gemeinwesens nutzen können. Solche Probleme sind umso größer, je

¹² Vgl. Kruse (2021), Bürger an die Macht, S. 98ff, Abschnitt 3.1.3 (Koalitionen in der Parlamentarischen Demokratie)

ideologischer (und weniger pragmatisch und lösungsorientiert) die Parteien sind, je stärker den einzelnen Fraktionen länderübergreifende Parteipositionen aufgezwungen werden (indem z.B. Merkel oder AKK aus Berlin oder Pretoria ihren Parteifreunden in Erfurt vorschreiben, was sie tun und nicht tun dürfen) und je höher der Stimmen- und Sitzanteil von Parteien ist, die von den anderen als Paria behandelt werden (insb. Linke und AfD). Für Thüringen kommt also einiges zusammen.

Lösung: Regierung von den Bürgern wählen lassen

Eine Lösung besteht darin, dass nach einer Verfassungsreform die Regierung von den Bürgern separat gewählt wird.¹³ Dabei kandidieren verschiedene Parteien und/oder Ex-ante-Koalitionen mit einem inhaltlichen Regierungsprogramm und einem Personalvorschlag für das Amt des Bundeskanzlers und der einzelnen Bundesminister um die Stellung der Regierung. Wenn im ersten Wahlgang keine der Kandidatengruppen eine absolute Mehrheit erreicht, treten die beiden Bestplatzierten zu einer Stichwahl an. Danach hat das Gemeinwesen sofort eine handlungsfähige, direkt demokratisch legitimierte Regierung.

Das Parlament, das wie bisher für die Gesetzgebung zuständig ist, wird separat von den Bürgern nach Verhältniswahlprinzip gewählt. Wenn die Regierung ein neues Gesetz für erforderlich hält, muss sie sich im Einzelfall um eine Mehrheit im Parlament bemühen, das dadurch in seiner Relevanz deutlich gestärkt wird.

¹³ Vgl. Kruse (2021), Bürger an die Macht, S. 120ff.